Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig j. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig j. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Kreh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, den 9. Januar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 7

Deutschnationale Korruption zugunsten der Fürsten

Deutschnationaler Abg. Everling Rechtsanwalt fürstlicher Privatinteressen

Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte am Freitag, 8. Januar, die Besprechung des tatsächlichen Materials zur preußischen und thüringischen Fürstenabfindungsfrage fort.

Nachdem gestern die Geheimräte des preußischen Finanzministeriums auf die Frage nach der Stellung der preußischen Regierung zu der reichsgesetzlichen Regelung der Frage keine klare Stellung nehmen hat, erschien heute auf Ladung des Ausschusses der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff persönlich und gab über die Frage folgende Erklärung ab:

Die die preußische Staatsregierung im letzten Frühjahr die Verhandlungen mit den Hohenzollern wieder aufnahm, glaubte sie auf eine reichsgesetzliche Regelung nicht mehr rechnen zu können. Der Antrag Müller-Franken (das ist der damals von den Sozialdemokraten zur Frage der Fürstenabfindung gestellte Antrag) war nicht zur Erledigung gekommen und im neuen Reichstag nicht wieder eingebracht worden. Wir wurden in unserer Auffassung noch bestärkt dadurch, daß unser beim Aufwertungsgesetz gestellter Antrag, wonach die Länder das Recht haben sollten, über die Höhe der Aufwertung der Rentenansprüche der vormals mediatisierten und depossedierten Fürsten durch Landesgesetz zu entscheiden, zwar im Reichsrat angenommen, aber von der Reichsregierung und dem Reichstag nicht in das Aufwertungsgesetz aufgenommen wurde. Man muß deshalb befürchten, daß auch noch

jetzt während des letzten Jahrhunderts entthronten Landesvätern von den Gerichten hundertprozentige und höhere Aufwertungsbeträge auf ihre Rentenansprüche, die sich auf 1½ Millionen belaufen, zugesprochen werden.

Wir haben daher auch mit diesen ehemaligen Fürsten Vergleichsverhandlungen eingeleitet. Und ebenso mußten wir, nachdem wir unser Reichsgesetz nicht mehr hoffen konnten, einen Vergleich mit den ehemaligen preußischen Königshäusern anstreben. Wir konnten die Dinge nicht den Gerichten überlassen, wenn der Staat nicht unermeßlichen Schaden erleiden sollte. Der Vergleich entspricht freilich nicht unseren Wünschen, aber wir mußten damit fürlieb nehmen, weil uns die Ermächtigung des Reiches fehlte.

Der gegenwärtige Standpunkt der preußischen Regierung ist nun folgender: Sollte der Reichsgesetzgeber uns die Ermächtigung, die bisher fehlt, noch in letzter Stunde geben, so werden wir den bereits abgeschlossenen Vergleich zwar pflichtgemäß dem preußischen Landtag und Staatsrat vorlegen. Wir werden ihnen aber **die Annahme des Vergleichs vorschlagen, sondern wir werden** vorschlagen, von der reichsgesetzlichen Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Es heißt also, auch die preußische Regierung, die gestern nicht Farbe bekennen wollte, stellt sich heute auf denselben Standpunkt, wie schon gestern der Vertreter der thüringischen deutschnationalen Landesregierung: **Thüringen und Preußen fordern reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung.**

Auf die Anfrage eines Zentrumsvertreters gab der preußische Finanzminister noch Beispiele für die Art und Weise, wie die deutschen Gerichte aus ihrem tiefen monarchistischen Empfinden heraus **zwangelaufenen Fürsten nicht nur 14hundertfache Aufwertung,** sondern auch noch alle möglichen anderen Vorteile zugeschanzt haben. Es haben die **„allerhöchsten Kabinettsordres"**, durch die der preußische König Wilhelm IV. in vielen Fällen das Staatsgut einfach für das Privateigentum dieses oder jenes Hohenzollernsprosses erklärt hat, **als rechtsgültige Gesetze** und auf dieser „gesetzlichen" Grundlage die räuberischen Ansprüche der Hohenzollernfamilie angemeldet. Sie haben die **Grafschaft Lels,** die ein Lehen für den „Thronfolger" darstellt, **dem Helden von Charleville** zuerkannt, obwohl dieser in der deutschen Republik und in den Augen eines republikanischen Richters selbstverständlich gar kein „Thronfolger" mehr ist.

Auf weitere Anfragen bestätigte der preußische Justizminister noch einmal ausdrücklich, daß der jetzt abgeschlossene Vergleich mit dem preußischen Fürstenhaus für den Staat kaum günstiger ist, als der frühere vom Jahre 1920. Der einzige Unterschied besteht darin, daß damals den Hohenzollern noch 100 Millionen Papiermark zugesichert worden sind, deren Goldwert aber 1920 natürlich ein bedeutlich geringerer war.

Der Ausschuß trat hierauf wieder in die Besprechung des thüringischen Materials ein. Der thüringische **Finanzminister Klüchner** berichtete über den Stand der Abfindungsfrage in Sachsen-Altenburg und in Sachsen-Gotha. Hierbei erfolgte

Ein sensationeller Zwischenfall

Finanzminister hatte berichtet, daß der abgefundene Herzog von Altenburg den von ihm früher **abgeschlossenen Vergleich inzwischen prozeßweise angefochten hat.** Als ihm darauf die Frage vorgelegt wurde, auf welche Gründe diese Anfechtung sich stütze, erteilte dieser reichlich naive, deutschnationale Mann ein langgehütetes Geheimnis aus, indem er harmlos erklärte:

„Ueber diese Dinge kann am besten der hier anwesende Herr Everling Auskunft geben, der der Rechtsanwalt des Altenburger Herzogs in dem schwebenden Prozesse ist."

Auf diese Bombe hin erhob sich **bei den Linksparteien ein** Sturm der Entrüstung, während die Rechtsparteien sich in verlegenes Schweigen hüllten.

Herr Everling ist bekanntlich der Rufer im Streit gegen die ganze geplante Fürstenabfindung. In allen ihren Formen, gegen die gemäßigten demokratischen Anträge, ganz ebenso wie gegen die radikalen kommunistischen Anträge. Er führt auch die Pressekampagne in der deutschnationalen Presse und hat erst gestern in der „Kreuzzeitung" einen Spezialartikel gegen das von der kommunistischen Fraktion beantragte Sperrgesetz losgelassen.

Dieser selbe Mann hatte auch noch in der gestrigen und heutigen Sitzung scheinheilige Krokodilstränen darüber vergossen, daß in diesem Ausschuß zwar die Länder gehört würden, aber nicht die andere Seite, die an der Abfindung beteiligten Fürsten. Nun wurde dieser Schwindel entlarvt.

Der Rechtsanwalt der Fürsten sitzt als Volksvertreter im Reichstagsausschuß und nimmt hier die vermögensrechtlichen Interessen seiner Auftraggeber wahr.

Eine bürgerliche Fraktion nach der anderen mußte nunmehr von der kompromittierten Deutschnationalen Partei abrücken. **Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Volkspartei erklärten nacheinander, daß ihre Fraktion in einem solchen Falle ihren Parteigenossen aus dem Ausschuß zurückziehen würden.** Die deutschnationale Fraktion gab durch ihren Führer Hahnemann die Verlegenheitserklärung ab, daß sie den Fall ihrer Fraktion zur Prüfung vorlegen wird.

Die **kommunistischen Vertreter im Ausschuß, die Genossen Neubauer und Korsch,** geißelten wiederholt mit Schärfe das unerhörte Verhalten des Herrn Everling und seiner Partei in dieser Frage. Immer deutlicher zeigt sich die Wahrheit des Satzes von Marx, daß

die Parlamente sich mehr und mehr in bloße geschäftsführende Ausschüsse der herrschenden Klasse umgewandelt haben.

Hier steigert sich dieser Zustand dazu, daß **ganze parlamentarische Parteien im Parlament nur noch die vermögensrechtlichen Interessen ihrer davongejagten Herrscherhäuser vertreten.** Das schlimmste aber ist, daß Herr Everling seine Beteiligung auch dem Ausschuß selbst noch bis zu dieser Stunde **verschwiegen hat. Wenn nicht der harmlose Herr v. Klüchzner der Katze die Schelle umgehängt hätte, so würde Herr Everling vermutlich immer weiter als treuer Diener seiner ihn bezahlenden Auftraggeber an den Ausschußverhandlungen teilgenommen haben.** Jetzt würden die Kommunisten ihn, wenn er nicht freiwillig die Konsequenzen zöge, durch einen formellen Antrag dazu zwingen.

Auch die Sozialdemokraten kündigten an, daß sie einen solchen Antrag zur **Beseitigung der aufgedeckten parlamentarischen Korruption** unterstützen würden.

Dagegen wandte sich der völkische Vertreter im Ausschuß, Herr Kube, bezeichnenderweise gegen einen solchen Antrag, und unterstützte voll und ganz die Haltung der deutschnationalen Fraktion und ihres Herrn Everling.

Dabei hat aber gerade die völkische Fraktion seinerzeit bei dem Aufwertungsgesetz einen formellen Antrag gestellt, **wodurch die an der Aufwertung privat interessierten Abgeordneten an der Mitwirkung bei der gesetzlichen Regelung dieser Frage verhindert werden sollen.** Heute aber treten dieselben völkischen Männer für die Korruption in einer viel schlimmeren Form zur Deckung ihrer deutschnationalen Gesinnungsbrüder mit aller Kraft ein.

Die Kommunisten aber werden, da das korrupte Parlament versagt, das Volk zum Entscheid aufrufen.

Millionengeschenke für Reichswehroffiziere

Protestschritt der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

Laut Meldungen der bürgerlichen Presse hat die Reichsregierung für die Errichtung eines Kasinos für die 30 Reichswehroffiziere in Jüterbog eine Million Mark bewilligt. Diese Summe macht **ein Fünftel des Betrages aus, der vor Weihnachten für die drei Millionen Erwerbslosen bewilligt worden ist.**

Während gegenüber den Erwerbslosen, den Kriegsopfern und den Beamten die Reichsregierung ihre ablehnende Haltung damit begründet, daß angeblich kein Geld vorhanden sei, müssen die weitesten Kreise der Bevölkerung mit Erstaunen feststellen, **wie freigebig die Reichsregierung für eine Handvoll Offiziere, ähnlich wie gegenüber den Geldforderungen der Fürsten verfahren hat.** Ist sich die Regierung bewußt, daß eine solche Verschwendung angesichts der entsetzlichen Notlage der breitesten Volksmassen **wie eine Verhöhnung wirken** muß?

Ist die Regierung bereit, die Bewilligung zu streichen und **diese Mittel für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bereitzustellen?**

Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung?

Kameraden im Reichsbanner, Ihr habt zu entscheiden!

Am 6. Januar veranstaltete das **Reichsbanner in Delitzsch** im „Schützenhaus" eine Protest-Kundgebung angeblich gegen die Fürstenabfindung. Als Referent war der Reichsbannermann Gebhardt aus Halle erschienen. Der Saal war aber gähnend leer. An radikalen Reden hat es jedoch nicht gefehlt. So zeigte der Referent unter vielem anderen, wie zum Beispiel Bismarck die Hannoveraner entschädigungslos zum Teufel jagten, und welch Schlemmerleben jetzt die ausgerissenen Fürsten führten, welche ungeheure Not die Erwerbslosen leiden und mit welcher Rücksichtslosigkeit die kleinen Sparer bei der Aufwertung an die Wand gedrückt wurden. Auch erzählte er, mit welchen Gaunertricks die Fürsten ihre angeblichen Vermögen aus dem armen Volke gesogen haben. Er führte noch viele Beispiele an, aus denen zu ersehen war, daß kein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung für die Fürsten besteht.

Ja, er empfahl sogar, die Fürsten sollen stempeln gehen oder endlich durch ihr erlerntes Handwerk sich ihr Brot verdienen, denn wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Aber dann kam das dicke Ende. Im Schlußteil seiner Ausführungen schlug er sich selber ins Gesicht, **indem er sich klipp und klar gegen den Volksentscheid und die restlose Enteignung aussprach. Er verlangte,** daß sich die Versammelten

dafür einsetzen, daß vom Reichstag ein Gesetz geschaffen wird, welches den Fürsten eine entsprechende Rente zusichert. Die monatlichen 50 000 Mk. sind jedenfalls zu wenig. Und das alles in dem ausgesprochenen Bewußtsein, daß ein großer Teil der Entschädigungen zu antirepublikanischen Zwecken verwendet wird!

Eine **Diskussion** wurde aus ganz durchsichtigen Gründen **nicht erlaubt.**

Das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** veranstaltete am 7. Januar in **Teuchern** eine Protestkundgebung gegen die Fürsten. Diese Versammlung im „Grünen Baum" war von zirka 300 Personen besucht. Der Redner **Saupe** brachte die üblichen radikalen Redensarten, war zuletzt aber doch bereit, den **Fürsten Millionen durch Reichsgesetz zu bewilligen.** In diesem Sinne brachte er auch eine Entschließung ein. **Als unsere Genossen Schröder und Nessen die** Anwesenden davon überzeugt hatten, daß **nur die restlose Enteignung der Fürsten und dieser Volksentscheid dafür für Proletarier in Frage kommt,** wurde die Resolution der Reichsbannerleitung **mit Mehrheit abgeschnt** und dafür folgende Resolution der Genossen Schröder und Nessen angenommen:

„Die heute vom Reichsbanner der Ortsgruppe Teuchern einberufene Protestkundgebung beschließt, sich einzusetzen für:

1. **restlose Enteignung aller deutschen Fürstenhäuser;**
2. **sofortige Durchführung des Volksentscheids;**
3. **Verwendung aller flüssigen Gelder für die Notleidenden des Volkes."**

Die Versammelten versprachen, **alle Kräfte für die obigen Forderungen einzusetzen.**

★

Diese beiden Versammlungsberichte aus Delitzsch und Teuchern beweisen klipp und klar, daß **die Leitung des Reichsbanners drauf und dran ist, unter scheinradikalen Redensarten doch den Fürsten bestimmte Abfindungssummen zu gewähren.** Während dem Redner der Reichsbannerleitung in Delitzsch es noch gelang, die anwesenden Reichsbannerleute zu übertölpeln, zeigt der Vorgang in Teuchern, daß auch die **proletarischen Elemente des Reichsbanners mit der schändlichen Haltung ihrer Führung nichts zu tun haben wollen.** Anders ist die Ablehnung der Reichsbannerentschließung und die Annahme des kommunistischen Antrages nicht zu verstehen.

Die Proleten im Reichsbanner stehen heute direkt vor der Entscheidung: **entweder mit ihrer Führung für die Fürstenabfindung oder mit den kommunistischen Arbeitern zusammen in einer Klassenfront für die restlose und entschädigungslose Fürstenenteignung.** Wer auch nur einen Funken proletarischen Gefühls besitzt, kann sich nur für das letztere entscheiden und damit alle seine Kräfte einsetzen für den durch die Initiative der KPD. in Fluß gebrachten **Volksentscheid für die Fürstenenteignung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0001

Nieder mit dem Hungererlaß Grützners!

Nur eine Meinung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter

Die Empörung der Erwerbslosen **ohne Unterschied der Parteirichtung** über den **Hungererlaß Grützners** schlägt hohe Wogen. Ueberall hört man es, **daß es eine Schande für die Sozialdemokratie sei,** einen solchen Mann wie Grützner auf dem Regierungspräsidentenposten sitzen zu haben.

Nachdem wir bereits gestern eine Resolution gegen Grützner aus einer **öffentlichen Erwerbslosenversammlung** in Schkeuditz veröffentlicht haben, sind wir heute nachträglich in der Lage, aus einer **Arbeitslosenversammlung aus Schkeuditz** am 4. Januar zu veröffentlichen nachfolgende

Protestentschließung

Die am 4. Januar 1926 im Bahnhofssaale in Schkeuditz tagende gutbesuchte Erwerbslosenversammlung, an der auch viele noch arbeitende Kollegen und Kolleginnen teilnehmen, spricht dem Regierungspräsidenten Grützner auf Grund seines gegen die Erwerbslosen gerichteten Erlasses ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Selbst in bürgerlichen, sozialdemokratischen und auch in kommunistischen Kreisen wird die überaus große Not der Erwerbslosen und die absolut ungenügende staatliche Unterstützung derselben anerkannt. Auf Grund des Erlasses des Regierungspräsidenten Grützner vom 19. Dezember ist nun der hiesige Magistrat gezwungen, irgendwelche gefaßten Beschlüsse zur Linderung der Erwerbslosennot nicht durchzuführen.

Wir protestieren daher gegen diesen vorgenannten Erlaß auf das allerentschiedenste, weil dadurch die Familien der Erwerbslosen in der allergrößten Not gehalten und der Verzweiflung in die Arme getrieben werden.

Wir fordern vom Regierungspräsidenten sofortige Rücknahme des Hungererlasses.

Weil bei den teuren Lebenshaltungskosten die jetzige Beihilfe absolut unzureichend ist, und um die Erwerbslosen und deren Familien vor dem Hunger und dem Gefängnis zu schützen, fordern wir alle Gemeindevertwaltungen auf, trotz aller Verfügungen schnellstens alle diejenigen Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, die zur Behebung der Notlage erforderlich sind.

Wir erwarten von allen Fraktionen des Kreis- und Provinziallandtages mit aller Bestimmtheit, daß sie sich in der weitgehendsten Weise der so krassen Not der Erwerbslosen annehmen werden.

Diese **Entschließung ist einstimmig, also auch mit den Stimmen der anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter, angenommen worden.**

Die Fürsten zu 1400 Prozent aufgewertet, die kleinen Sparer und Rentner betrogen

Echt deutschnationale Politik

In der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags legte u. a. der **thüringische deutschnationale Finanzminister Dr. Klüchtner** die Auseinandersetzung mit dem verstorbenen **Großherzog von Sachsen-Weimar** dar. Dieser Herr hat die Fürsten in Zillbach und Mafungen mit insgesamt 4700 Hektar Wald und außerdem eine Rente von 300 000 Papiermark durch den Vergleich vom Jahre 1921 erhalten. Der thüringische Finanzminister teilte mit:

die Rente von 300 000 Mark entsprach damals einem Goldwert von 7371 Mark; sie wurde aufgewertet auf 100 000 Goldmark! Das ist eine Aufwertung von 1400 Prozent!

Wie Klüchtner weiter angab, wurde als Begründung dieser Aufwertung angegeben, daß die Großherzogin-Witwe aus den Erträgen der Forsten Mafungen und Zillbach die Ansprüche der Nebenlinie ihres Hauses, der Agnaten, nicht befriedigen könne. Gefragt, welche Agnaten denn überhaupt vorhanden seien, konnte der thüringische Finanzminister **keine Auskunft geben,** sondern versprach, sich **im „Gothaer Hofkalender" darüber orientieren zu wollen.** (!) Daraus geht hervor, daß die thüringische Regierung dies Aufwertungsurteil angenommen hat, **ohne überhaupt zu wissen, ob die dafür gegebene Begründung in Frage kommt!**

Dann ging Klüchtner auf die Auseinandersetzung mit dem Herzog **von Meiningen** über. Hier liegt

eine Aufwertung des Abfindungskapitals, das damals 11 Millionen Papiermark = 5,8 Millionen in Gold betrug, vor, die das Kapital auf 8,25 Millionen, also auf 140 Prozent erhöhte.

Die Jahresrente dieses tüchtigen Herrn beträgt demnach jetzt 495 000 Mark, eine ganz nette „Erwerbslosenunterstützung"!

Was sagen die der **Deutschnationalen Partei angehörenden betrogenen kleinen Sparer und Rentner zu dieser Aufwertung?**

Volksvermögen für fürstliche Mätressen!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Januar.**

Die Berliner Morgenpresse beschäftigt ein neuer, besonders toller Fall der Forderungen des früheren Fürstenhauses von Mecklenburg-Strelitz. Nicht genug damit, daß die davongejagten montenegrinischen Kronprinzen über 8 Millionen Mark erhalten haben, wurde vor kurzem ein neuer Prozeß angekündigt, durch den die Erben des letzten Fürsten die Verpflichtung, eine jährliche Apanage von je 20 000 Mark den früheren Mätressen des verletzten Großherzogs zu zahlen, auf das Land abwälzen wollen.

„Denn man macht aus deutschen Eichen . . ."

Schieber frei — Kommunisten wegen „Hochverrat" verfolgt

Nach dem Vertuschungs-Ausschuß im Barmat-Skandal herrscht seit Monaten tiefes Schweigen über das fernere Schicksal der ehrenwerten Schieber samt Anhang.

Jetzt kommt die Nachricht, daß der Kreditschieber **Lange-Hegermann,** Reichstagsabgeordneter des Zentrums, **außer Verfolgung gesetzt** wird. Heine hatte recht:

„Denn man macht aus deutschen Eichen
Keinen Galgen für die Reichen." — —

Während gegen den korrupten Schieber-Abgeordneten Lange-Hegermann das Verfahren eingestellt wird, eröffnet die deutsche Klassenjustiz die **Voruntersuchung wegen Hochverrats gegen unsern Reichstagsabgeordneten Genossen Korsch,** wie folgende Meldung besagt:

Berlin, 9. Januar.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Karl Korsch ist vom Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Hochverrats und Vorbereitung zum Hochverrat sowie wegen Vergehens gegen verschiedene Paragraphen des Republikschutzgesetzes eingeleitet worden.

Steuerprivileg für Pfaffen und Verdummungsanstalten

Die Proleten können ja dafür um so mehr blechen

Während dem Arbeiter, Angestellten und Beamten Woche für Woche, Monat für Monat die Steuer von ihrem kärglichen Lohn abgezogen wird, haben es die Unternehmer und Kapitalisten gut verstanden, sich von ihren ohnehin schon nicht allzuschweren Steuern zu drücken. Nach dem eigenen Eingeständnis der Regierung sind allein aus dem letzten Steuervierteljahr mehr als 300 Millionen Mark Steuern aus Betriebsgewinnen, Kapitalertrag usw. rückständig, und die Regierung hat sich scheinbar mit dem Nichteingang dieser Steuern schon völlig abgefunden. Schreiben doch bürgerliche Zeitungen, daß das Reich sich diese Riesenbeträge in Anbetracht der Wirtschaftslage „in den Schornstein" schreiben könne. Diese „einsichtsvolle" Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber den Unternehmern ist wohl verständlich (stellt doch die Luther-Regierung nur einen Ausschuß des deutschen Unternehmertums zur Wahrung seiner Interessen dar), zumal wenn die deutschen Gewerkschaften, anstatt die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wahrzunehmen, Bibeln drucken: „Ziehe Dein Hemd aus und gib es Deinem Nächsten."

Die Passivität der deutschen Gewerkschaften ermuntert das Ausbeutertum zu immer frecheren und offenen Vorstößen. Die Steuerdrückebergerei der Besitzenden wird in ein System gebracht, Erlasse gehen an die Finanzämter, bei der Steuereinziehung gegen die Privatkapitalisten doch recht „schonend" vorzugehen, und neuerdings geht man sogar zur Steuerbefreiung gerade derjenigen Teile der Bourgeoisie über, die am allerersten zur Steuerzahlung herangezogen werden sollten.

Die Kapitalertragsteuer besteuert die Erträge aus „arbeitslosem Einkommen", d. h. Vermögen, die nicht unmittelbar in Betrieben angelegt sind, sondern in Aktien, Anleihen usw. Dem Reichsrat ist nunmehr ein Entwurf der Reichsregierung zugegangen, in dem vorgeschlagen wird, daß **Kapitalerträge völlig steuerfrei bleiben sollen, wenn sie einer inländischen Kirche oder kirchlichen Körperschaft zugeflossen** sind. Das ist ein wichtiger weiterer Schritt auf dem Wege, den riesigen katholischen, jüdischen und evangelischen Kirchenvermögen ein **Steuerprivileg** zu verschaffen und die **Pfaffen und ihre Verdummungsorganisationen von allen Abgaben zu befreien.** Man denkt, die dummen Arbeiter werden dafür schon zahlen.

Wenn auch diese Politik der Begünstigung der reaktionären volksverdummenden Kirchen zweifellos in der „neuen Linie" bestimmter ADGB.-Politiker liegt, die durch Verbreitung des Neuen Testaments der Arbeiterschaft den „Weg zum Paradies" ebnen wollen, so widerspricht sie völlig den Interessen und dem Willen der gesamten ADGB.-Mitgliedschaft. Deren Aufgabe wird es sein, die Gewerkschaftsinstanzen dazu zu zwingen, dem reaktionären Vorstoß des Finanzministeriums mit allen Mitteln entgegenzutreten und mit Einsetzung aller Mittel durchzusetzen, daß **Steuererleichterungen nicht den mehr als reichen Kirchen und Synagogen, sondern den Arbeitern und Angestellten gewährt werden.**

Kommunisten, die gegen Separatisten kämpfen, Hochverräter!

Die neueste Leistung des Staatsgerichtshofs

(Eig. Drahtm.) **Leipzig, 9. Januar.**

Der Staatsgerichtshof verurteilte gestern zwei rheinische Genossen zu zweieinhalb Jahren bzw. acht Monaten Gefängnis. Die beiden Genossen hatten Abwehrorganisationen gegen Separatisten gebildet. Diese Tätigkeit hat der Staatsgerichtshof als Hochverrat angesehen. Hätten die Angeklagten nicht gegen die Separatisten, sondern mit ihnen gekämpft, wären sie heute frei. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende Lorenz wörtlich: „Die KPD. sei im besetzten Gebiet zwar nicht verboten gewesen, daß die Angeklagten aber Funktionäre der KPD. waren, lasse trotzdem den Schluß zu, daß sie im staatsfeindlichen Sinne tätig waren."

Massenzustimmung zum Volksentscheid

Berlin, 9. Januar.

Seit Veröffentlichung der Richtlinien des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids sind bei der Liga für Menschenrechte aus allen Teilen des Reiches bisher bereits Zustimmungserklärungen eingelaufen. In der Hauptsache kammen sie von Lehrern, Geistlichen, Ingenieuren, Aerzten und besonders zahlreich aus den Kreisen des verarmten Mittelstandes. Die Zustimmungserklärungen, die teilweise ganze Listen mit Namen enthalten, begrüßen lebhaft den Antrag auf entschädigungslose Enteignung und fordern dessen energische Durchführung. Sie erhoffen von Reichs- und Landtag eine Lösung der Frage und sehen in der Durchführung des Volksentscheids das einzige Mittel, die restlose Enteignung der Fürsten durchzuführen.

Auf der einen Seite Entlassungen — auf der anderen Ueberstunden-Unwesen

Die „Bergarbeiterzeitung" teilt mit, daß im [illegible] Quartal 1925 **die Zahl der Vollarbeiter im Bergbau um [illegible] zurückging. Im gleichen Zeitraum wurden aber allein in P[illegible]**

1 836 568 Ueberschichten

verfahren, durch die 23 247 Bergarbeiter brotlos gemacht [illegible] Die Bergarbeiterzeitung sagt, daß diesen 23 000 Arbeitern ihren Zehntausenden von Familienangehörigen die Arbeitslosigkeit erspart geblieben wäre, wenn die Solidarität der Bergarbeiter weit reichte, daß sie „alle Ueberschichten über das schon jetzt Maß hinaus verweigert hätten".

Das Reformistenorgan verschweigt aber, daß die reformistischen und christlichen Führer den Kampfes die Ueberstundenreiserei überhaupt erst beigebracht haben! Neben den oben erwähnten [illegible] schichten gibt es noch

monatlich etwa 1 Million Ueberschichten allein im Ruhr[illegible] die infolge des „festgesetzten Maßes", also durch das Ueberschichtenabkommen, verfahren werden, was die Gewerkschaftsführer **gegen den Willen der Bergarbeiter** im Dezember 1923 abgeschlossen und bisher trotz aller Vorstöße seitens der Arbeiterschaft [illegible] wieder verlängerten. Das sind im Quartal also 5 Millionen [illegible] schichten! Die reformistischen PAG.-Führer haben die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht gegen den Willen der Kumpels gefordert und haben kein Recht, die Schuld jetzt auf die Bergarbeiter abzuwälzen.

Aber es ist trotzdem zu begrüßen, daß die Bergarbeiter wenigstens jetzt gegen die Ueberschichten Front macht, wo die Abwehrkraft der Bergarbeiter zermürben. **Sache der gesamten Bergarbeiter** ist es, dafür zu sorgen, daß der PAG. wirklich [illegible] eingestellt wird auf die **energische Wiedererlangung der Siebenstundenschicht und ausreichender Löhne.** Dazu ist nötig, daß [illegible] Bergarbeiter sofort in den PAG. eintritt und die Arbeit in [illegible] band aufnimmt, damit der geschlossenen Front der Unternehmer [illegible] geschlossene Front der Arbeiter gegenübergestellt werden kann.

Immer neue Stillegungen und Entlassungen

Jena. Der Betrieb auf den Oertelschen Schieferbrüchen in Schmiedefeld bei Lehesten mit 700 Werksangehörigen ist **völlig stillgelegt.**

Goch. Die Schuhfabrik Volkmann Sternfeld, 295 Arbeiter und Arbeiterinnen beurlaubt. Die Treibriemen- und Lederfabrik Moll sowie die Pinselfabrik [illegible]ling und das Sägewerk Huennekes planen [illegible] Maßnahmen.

Homberg. Die große chemische Fabrik in Homberg, Gewerkschaft Saltleben, hat das Werk I am 9. Januar [illegible] **stillgelegt.** Nur die Notstandsarbeiten werden verrichtet. [illegible] Arbeiter werden der Erwerbslosenfürsorge überwiesen.

Ahlen. Die hiesige Verzinkerei der Orionwerke hat [illegible] Teil der Arbeiterschaft entlassen. Ferner haben mit dem [illegible] Buschhoff, Westfälische Metallwerke und [illegible]hoff-Wierkant **Stillegungsverhandlungen** stattgefunden. [illegible] in der nächsten Zeit noch mit größeren Entlassungen zu rechnen.

Cleve. Die vom sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf genehmigte **Stillegung der großen [illegible] Schuhfabriken,** durch die fast 4000 Personen auf die geringste Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind, stellt sich als eine offene Terrormaßnahme der Schuhfabrikanten heraus. Den Arbeitern wurde der Bescheid zugestellt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten, wenn sie mit einem **Lohnabbau von 30 %** für alle Lohn- und Akordsätze einverstanden wären und [illegible] **Verlängerung der Arbeitszeit einwilligten.**

Arbeitslosengelder für die Unternehmer

Man muß es den Kapitalisten lassen: sie nützen alles, [illegible] alles aus, um Profit für sich daraus zu schlagen. Auch [illegible] Arbeitslosigkeit machen die Kapitalisten ein Geschäft. [illegible] „Kölnischen Zeitung" fordert der Reichstagsabgeordnete Dr. [illegible] der Syndikus der Bochumer Industrie- und Handelskammer [illegible] einem Artikel zur Wirtschaftskrise, daß die **Erwerbslosenunterstützung produktiv angelegt werden solle.** Das denkt [illegible] Herr Syndikus folgendermaßen:

„Dazu ist die Möglichkeit noch vielfach in der deutschen Wirtschaft gegeben, und zwar in Betrieben, **die über ausreichende Aufträge und Rohstoffe verfügen, aber nicht mehr in der Lage sind, die Kosten aufzubringen.** Es sollte deshalb das Reichsarbeitsministerium schleunigst die zuständigen Fürsorgebehörden [illegible] öffentlich festzustellen, in welchen Betrieben Arbeiter über den [illegible] bestehenden Bestand durch **Lohnzuschüsse beschäftigt werden** [illegible] denn die in dieser Weise **als Lohn bevorschußten Arbeitslosengelder** gehen nicht verloren, sondern können von den Unternehmern **nach drei, vier oder fünf Monaten zurückgezahlt werden.** [illegible] Reichsarbeitsminister sollte dieser Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge unbedingt sofort sein dringendstes Interesse zuwenden.

Kommunistische Anträge für die Erwerbslosen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Jan[illegible]**

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags [illegible] **zwei Anträge zur Behebung der Not der Erwerbslosen** gebracht.

1. Antrag

a) Beschaffung von Arbeit für alle Erwerbslose, Wiederan[illegible] stillgelegter lebenswichtiger Betriebe unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften, Verbot weiterer Betriebsstillegungen;

b) gesetzliche Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstarbeitszeit in allen staatlichen und privaten Betrieben, für [illegible]heitsschädliche Betriebe (Bergbau, Chemie) die Siebenstundenschicht;

c) restlose Beseitigung der Pflichtarbeit der Erwerbslosen;

d) Erhöhung der bestehenden Unterstützungssätze um 50 [illegible]

e) Zahlung der Unterstützung vom ersten Tage ab an [illegible] werbslose für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit;

f) Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Kurzarbeiter für die ganze Zeit ihrer Feierschichten.

2. Antrag

a) für alle verheiratete Erwerbslose eine einmalige Beihilfe von 100 Mark sowie für jedes Kind 10 Mark in bar, für unverheiratete Erwerbslose 50 Mark;

b) Erstattung der Miete für alle Erwerbslosen;

c) ausreichende Belieferung mit Brennmaterial und Kartoffeln;

d) Lieferung von Milch an die Kinder der Erwerbslosen [illegible] zwei Jahren 1 Liter und von 2 bis 6 Jahren ½ Liter täglich;

e) sofortige Inangriffnahme der Notstandsarbeiten (Straßenregulierungen, Kanalbauten usw.);

f) ausreichende finanzielle Beihilfe an Kommunen für Notstandsarbeiten (Verkehrseinrichtungen, Wohnungsbauten, [illegible] bau usw.).

Auf, zu den Massenkundgebungen gegen den Raubzug der Fürsten!

heute, Sonnabend: in Zscherben und Altranstädt; morgen, Sonntag: in Zeitz, Lützen, Kelbra, Hettstedt, Wittenberg, Ammendorf, Könnern, Alsleben, Düben, Ramsin, Annaburg, Torgau, Bockwitz, Bitterfeld und Leimbach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0002

Ebert jun. als Kronzeuge der Schwerindustrie

Die von dem Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten Fritz Ebert jun. geschriebene und in dem bekannten, von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände finanzierten Baumeisterverlag (der wieder in engen Zusammenhange steht mit dem Verlag des Herrn, d. Red.) erschienenen Broschüre: **Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft**, hat das **begeisterte Lob des Hauptorgans der Schwerindustrie, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung"** gefunden. Das ist selbstverständlich, wenn man weiß, daß Ebert jun. mit aller Schärfe **„Beseitigung des — gar nicht bestehenden — Karren Achtstundentages fordert und sich gegen die ungerechtfertigten Lohnforderungen der Arbeiter wendet."**

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 7. Januar schreibt in einer Besprechung dieses Buches von Ebert jun.:

„Demgegenüber sollte eigentlich alles geschehen, um sie (die obenerwähnte Broschüre, d. Red.) **den breiten Arbeitermassen zugäng-**

ADGB.-Bibel und Firn-Verlag

Matthäus 3, Vers 17.

„Und siehe, eine Stimme vom Himmel herab sprach: Dies ist mein lieber Sohn, an welchem ich Wohlgefallen habe!"

zu machen, damit sie sehen, wie es wirklich um die Dinge steht. **Wenn die gröbste und sachlichste Beredsamkeit in Wort und Schrift** das Unternehmerjelte **bisher nicht erreicht hat, würde vielleicht dem** Vorhaben **gelingen, welches der Name Ebert auszuüben geeignet ist."**

Unseres Wissens sind alle jene Sozialdemokraten, die sich um den Baumeister- und Firn-Verlag gesammelt haben, **immer noch** Mitglieder der SPD. Obwohl der „Vorwärts" in jahrelangen Kämpfen durch die Veröffentlichungen der demokratischen Presse gezwungen war, die direkte Korrumpierung dieser sozialdemokratischen Schreiberseelen restlos zu bestätigen, **hat man noch kein Mittel dafür gefunden, daß diese Leute aus der Partei ausgeschlossen werden.** Man läßt sie im Gegenteil ihre Schriften unter der Arbeiterschaft weiter vertreiben, **damit mit dem Prestige führender sozialdemokratischer Namen die Arbeiterschaft vollkommen vom Geist des Unternehmertums betäubt wird.**

Jeder Sozialdemokrat, der es wagt, einen kleinen Schritt nach links zu gehen, büßt dies mit der Strafe **seines Ausschlusses.** Es sei dieser Beziehung nur an den **Kollegen Breitag** erinnert. Wie lange wollen es sich die **sozialdemokratischen Arbeiter noch** gefallen lassen, **daß der Parteivorstand ehrliche Elemente aus der Partei ausschließt, es gestattet, ja es sogar fördert, daß vom Unternehmertum bestochene Subjekte in der Partei weiter ihr Unwesen** treiben?

Die monarchistischen Banknotenfälscher in Ungarn

Der politische Hintergrund der Budapester Fälscheraffäre

Der Budapester Riesenskandal, der sich im Zusammenhang mit der Geldfälscheraffäre entwickelt, nimmt immer mehr politischen Charakter an. In der herrschenden Klasse Ungarns stehen sich zwei Gruppen gegenüber, der **feudale Grohadel** und die **faschistischen Banden.** Der ungarische Hochadel war seinerzeit gern damit einverstanden, daß die faschistischen Terrortruppen, bestehend aus **ehemaligen Offizieren und sonstigen Abenteurern,** die Bauern und Arbeiter niederschlugen. Aber im Laufe der letzten Jahre hat sich der Gegensatz zwischen beiden Gruppierungen immer vergrößert. Der Hochadel hält sich für stark genug, um allein eine konservative Regierung aufrechtzuerhalten. Die Großgrundbesitzer wollen die radikale faschistische Demagogie nicht haben. Denn der Faschismus kann durch Aufrüttelung der Mittelschichten, unter Umständen auch der Bauern, den Staat in neue Unruhen stürzen. Die Interessen der Großgrundbesitzer vertritt der **Ministerpräsident Graf Bethlen** und seine Parlamentsmehrheit. Die Faschisten nennen sich in Ungarn Rassenschutzpartei. **Der Reichsverweser Horthy sympathisiert mehr mit den Faschisten.** Es scheint nun, daß die Faschisten einen neuen Putsch vorbereiten, um den Grafen Bethlen zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Dabei sollte ein Habsburger Prinz, der den Rassenschutzleuten nahe steht, **Erzherzog Albrecht,** zum König proklamiert werden. Die übrigen Prinzen des Hauses Habsburg stehen auf Seite der Großgrundbesitzer und des Grafen Bethlen. Sollte jetzt in Ungarn die Königsfrage aufgerollt werden, so ist es möglich, daß die Feudalpartei auch einen Kronprätendenten aufstellt, nämlich **Erzherzog Otto,** den Sohn des Kaisers Karl.

Die riesigen Geldfälschungen sollten offenbar die Kasse der Rassenschutzpartei auffüllen, um den kommenden Putsch zu erleichtern. So erklärt es sich, daß Graf Bethlen, der Ministerpräsident, die Gelegenheit ausnützt, um die Faschistenpartei zu blamieren und **den drohenden Putsch auf das kriminelle Gebiet abzulenken.** Die ungarischen Sozialdemokraten sehen in Bethlen das kleinere Uebel und unterstützen die Feudalherren gegen die Faschisten! Für die Masse der ungarischen Arbeiter und Bauern ist es ziemlich gleich, ob der weiße Terror im Namen von Horthy, von Bethlen oder irgendeines Habsburgers ausgeübt wird. **Das werktätige Volk Ungarns kann sich nur auf die eigene Kraft verlassen** und die Zerrüttung im Lager der herrschenden Schichten gebührend ausnutzen.

Der ungarische Kultusminister als Freund und Gönner der Banknotenfälscher

Bekanntlich war vor kurzem zum Besuch der preußischen Braun-Severing-Regierung der **ungarische Kultusminister Graf von Kiebelsberg** erschienen, um die kulturelle Verbrüderung zwischen Ungarn und Preußen herzustellen. **Professor Becker, der Unterrichtsminister** der Severing-Regierung, zog seinen schönsten Frack an und verbeugte sich tief vor dem Kultusgrafen aus Budapest und schloß ein enges Bündnis mit ihm. Die Arbeiterschaft hat schon damals aufs schärfste dagegen protestiert, daß die Severing-Regierung den Minister Horthys las Ehrengast empfing. Nun ist die Blamage um so größer, **als man in allen ungarischen Blättern Kiebelsberg in Verbindung bringt mit den Banknotenfälschern.** Wahrhaftig, auch ein Kulturträger. Wir gratulieren der Regierung Braun-Severing zu ihrer Blamage.

Die Pläne der faschistischen Banknotenfälscher

Das ganze Horthy-Regime belastet

Paris, 8. Januar.

In der Banknotenfälscheraffäre veröffentlicht der „Matin" folgende aus französischer Quelle stammenden sensationellen Mitteilungen: Aus den Berichten, die der hier weilende französische Gesandte in Budapest **Clinchant** dem Ministerpräsidenten Briand vorgelegt hat, geht hervor, daß eine **Reihe weiterer Verhaftungen** in den nächsten Tagen und Wochen stattfinden wird. Viele hochgestellte Persönlichkeiten werden bald ihren Komplicen ins Gefängnis folgen. Der „Matin" fährt weiter fort, daß es sich bestätigt daß

einige dieser Banknotenfälscher einer umfassenden Verschwörung angehören, die im Oktober unter der Billigung Wilhelms II. zustande kam. Man hatte nichts anderes vor, als die Karte Mitteleuropas vollständig umzugestalten. Auch Erzherzog Albrecht habe eine eifrige und zugleich methodische Tätigkeit entfaltet. Er ist mit dem deutschen Kronprinzen und dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern zusammengetroffen.

Sie haben dann zusammen eine Art Vertrag unterzeichnet, nach welchem **Oesterreich zwischen Bayern und dem Reich aufgeteilt werden** sollte, falls ihre Pläne Erfolg haben würden.

Vorläufig klingen alle diese Meldungen noch reichlich sensationell. Es bleibt abzuwarten, was der Prozeß noch zutage bringt. Neue Meldungen aus Paris vom 9. Januar berichten jedenfalls weiter, daß die französische Geheimpolizei, die in Budapest die Leitung der Angelegenheit in die Hand genommen hatte, wertvolle Informationen in der Hand habe, und daß **sensationelle Verhaftungen bevorstünden.** Desgleichen berichtet Paris, daß **der ungarischen Regierung das Vorgehen der Banknotenfälscher nicht unbekannt gewesen sei.**

Wo Sozialdemokraten landen

Arthur Zicklers neueste Gehirngrippe im „Stahlhelm"

Die Redaktion des „Vorwärts" von 1918 ist langsam Mann um Mann in das Lager des offenen Faschismus gewandert. **Die Unger, die Zickler** e tutti quanti. Es ist natürlich, daß diese Herren ihre journalistischen Quadjalbereien nicht lassen können und daß sie alle naselang mit Artikeln in nationalistischen Blättern und Zeitschriften sich verewigen. So auch Artur Zickler in der neuesten Nummer des „Stahlhelm". Er ist als „Sozialist" immer noch Professionist in „Arbeiter"- und „Wirtschafts"fragen und so schreibt er denn:

Noch ruft der vom Parteidogma verblendete Arbeiter, der nicht weiß, was geschehen ist, der Nation zu: „Ich bin der Arbeiter!" Es schallt ihm zurück: „Wir arbeiten alle!" Er ruft wieder: „Ich bin Proletarier!" Neue Antwort: „Wir haben alle nichts mehr!" Und schließlich: „Ich werde ausgebeutet!" Es schallt zurück: „Wir werden es alle!" Zum Schluß: „Nieder mit dem Kapital!" Ertönt Rückruf: „Es ist keins mehr da!"

Ob dieser „Weisheit" bleibt einem einfach die Spucke weg! Daß dieser Bursche so enden würde, das war vorauszusehen, nachdem er sich **im „Vorwärts" durch seine Mordhetze** gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in seinem bekannten Gedicht als **elendes Schandbube** gegen die Arbeiterschaft für immer gekennzeichnet hatte.

Politische Kurzmeldungen aus aller Welt

London. Nach einer Meldung der „Times" stößt die **Unterzeichnung des Locarno-Vertrages** durch die indische Regierung in der indischen gesetzgebenden Versammlung in Delhi **auf heftigen Widerstand.** Die Opposition, die sehr stark ist, protestiert aufs schärfste gegen die Ratifikation der Verträge. Die Swarajisten werfen der Regierung vor, daß sie, ohne das indische Volk zu befragen, sich für einen Vertrag einsetze, der **Indien im Interesse Englands in einen Konflikt mit Rußland hineintreiben** müsse.

*

Wien. Nach amtlichen Informationen hat die Arbeitslosenziffer **in Polen** Ende Dezember täglich eine Steigerung um 2000 erfahren. **In Wien und Umgebung** hat die Zahl der Erwerbslosen in der zweiten Dezemberhälfte um etwa 10 000, im übrigen Oesterreich um rund 11 000 zugenommen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Oesterreich beträgt gegenwärtig 240 000, d. i. 4 Prozent der Gesamtbevölkerung.

*

Paris. Das französische Innenministerium hat den gewerblichen Vertrieb und die Verteilung des bekannten kommunistischen Informationsorgans **„Internationale Presse-Korrespondenz"** (Inprekorr.) in Frankreich **verboten.**

Jungarbeiter! Jungarbeiterinnen! Erwerbslose Jugendliche!

Wollt Ihr die Beseitigung der Ausbeutungsmethoden der Unternehmer und Lehrherren, wollt Ihr, daß auch jeder Jugendliche Erwerbslosenunterstützung erhält?

Dann helft mit die einheitliche Kampffront aller jungen und erwachsenen Arbeiter herstellen.

In jedem Betrieb, in allen Gewerkschaften nehmt Stellung und wählt Delegierte zu dem **am Sonntag, dem 24. Januar,** in Halle stattfindenden

Jungarbeiterkongreß

Die aufwärtssteigende Entwicklung in Rußland muß uns Lehre sein, denselben Weg zur Aufhebung der Ausbeutung zu beschreiten wie das russische Proletariat.

Betriebsräte

sorgt dafür, daß die Jugendlichen in Eueren Betrieben einen Delegierten zum Kongreß wählen.

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

Das breite Bett in der einen Nische war aus Rosenholz; ebenso die übrigen Möbel. Auf dem großen Toilettetisch mit dem prächtigen Kristallspiegel standen goldene Dosen und Büchsen; auf einem kleinen Marmorsockel neben dem Tisch glänzte eine große Vase, ganz mit Diamanten besetzte Dose.

Ein zurückgeschlagener Seidenvorhang ließ den Blick in das Badezimmer frei. Dieses stellte einen Hain dar. Die Badewanne aus rosa Marmor war in den Fußboden eingelassen, ringsum grünende und blühende Sträucher; die gewaltigen Blumentöpfe voll von Moos und Gräsern verdeckt, so daß man tatsächlich den Eindruck hatte, als befinde man sich in einem Hain. Und damit die künstliche Natur noch echter wirke, befand sich hinter den Sträuchern und Büschen ein großes Vogelhaus, in dem unzählige Amseln und Drosseln sangen. Die Bäume und Sträucher mußten zweimal bis drei Tage erneuert werden, weil sie die warme, parfümierte Luft des Badezimmers schlecht vertrugen. Aber das kümmerte nicht; wozu gab es denn Gärtner auf der Welt?

In diesem Nachmittag befolgte Delia Bright die Vorschriften des Arztes weniger gewissenhaft als sonst. Sie streckte noch mit geschlossenen Augen die Hand nach dem kleinen Tisch aus, der neben der Chaiselongue stand und griff nach dem Original der Speisekarte für das heutige Diner. Ein zufriedenes Lächeln flog über ihr Gesicht: „Das Nordpol-Diner." Der Gedanke war neu, einzigartig. Ganz Neuyork wird darüber sprechen, alle Zeitungen werden Abbildungen des Speisesaals bringen. Ein berühmter Maler hatte die Dekorationen entworfen, und sie waren wirklich gelungen.

Der große Speisesaal war in ein Segelschiff verwandelt worden; Seile fanden auf dem Verdeck. Fresken an den Wänden zeigten eine öde Eis- und Schneelandschaft dar; der Fußboden war mit Felle und Eisbärenfellen bedeckt. Der Clou des Ganzen bildete das Nebenzimmer. Der Fußboden war aufgerissen und Felsen waren ungeheure Eisblöcke aufgeschichtet worden, die aus dem Eisbergen emporragten. Im Hintergrund aber befand sich ein Käfig mit zwei großen Eisbären aus dem Zoologischen Garten. Die Stäbe des Käfigs waren von Föhrenzweigen verdeckt, so daß die Tiere tatsächlich frei zu sein schienen.

Auch mit ihrer Abendtoilette war Frau Delia Bright zufrieden. „Unten wenig und oben nichts", hatte Herr Bright mit seinem zynischen Lächeln gemeint. „Merkwürdig, daß so wenig so viel kostet." Frau Bright hatte den Gatten darauf aufmerksam gemacht, daß das Wenige aus Hermelin sei und daß die Eiszapfen, die wie eine Spitze den kurzen Rock schmückten, aus Diamanten bestanden. Aehnliche Eiszapfen hingen auch im Speisezimmer von dem großen Lüster herab, aber in diesem Fall war Frau Bright „sparsam" gewesen und hatte sich mit Halbedelsteinen begnügt.

Die Diener, die beim Diner servieren sollten, waren teils als Matrosen, teils als Eskimos gekleidet. Es war etwas schwer gefallen, sich die Eskimos zu beschaffen; etlichen der freien Amerikaner war der Gedanke unangenehm, sich als Angehörige einer „minderwertigen Rasse" herrichten zu lassen. Aber schließlich war es doch gelungen, genügend Eskimos aufzutreiben.

Auch die Musikkapelle hatte, durch eine hohe Gage verlockt, eingewilligt, sich malerisch, aber kalt, in Eskimotracht zwischen den Eisbergen unterbringen zu lassen. Der Kapellmeister protestierte verursachte Delia Bright viel Aerger; der freche Kerl erklärte, er werde nur dann die Affenkomödie mitmachen, wenn seine Tracht aus echtem Zobelpelz angefertigt sei und er diesen Pelz auch mit nach Hause nehmen könne.

„Schließlich ist es ja ein gutes Werk", seufzte Frau Bright, als sie einer Bekannten die Episode berichtete. Und die andere Dame, die ihres vorgeschrittenen Alters halber bereits in „Religion machte", schlug die Augen zum Himmel empor: „Ja, es steht ja auch im Evangelium: ich war nackt, und ihr habt mich gekleidet."

Das Diner versprach demnach ein großer Erfolg zu werden, aber auch diese Freude, wie so viele andere, wurden der armen Frau Bright durch etwas vergällt — und dieses Etwas hieß: Ethel.

Seitdem sie erwachsen war, bereitete Ethel ihrer Mutter bittere Sorgen. Wenn man die Tochter eines der reichsten Männer der reichsten Stadt der Welt ist, so kann man doch wahrlich mit seinem Los zufrieden sein und braucht nicht wie ein verschreckter, verprügelter Hund durch die Welt zu laufen, mit großen, erschrockenen Augen und einem halb traurigen, halb höhnischen Ausdruck im Gesicht. Auch soll man sich für seine Schönheit, für Kleider und Schmuck interessieren, nicht aber sich anziehen wie „irgendjemand". Daß Ethel gern las und sich sogar an „ernste" Lektüre heranwagte, wäre ja nicht so schlimm gewesen; es gab eine Menge Töchter aus guten Familien — bei Frau Bright fing die gute Familie bei drei Millionen Dollars an — die allerlei studierten, Geschichte, Kunst, Musik, in letzter Zeit auch Psychoanalyse —, aber was hat eine junge Dame mit Nationalökonomie und sozialen Fragen zu schaffen, mit Dingen, die nur rote Agitatoren etwas angingen? Und anscheinend hatten selbst die nicht das Recht, sich damit zu befassen, sonst würden sie nicht so oft von einer väterlich besorgten Regierung eingekerkert worden sein. Seitdem Ethel derartige Schriften und Bücher las, war mit ihr überhaupt nichts mehr anzufangen. Wäre das Mädchen häßlich, so hätte man sein Verhalten und seine Einstellung ja noch begreifen können. Aber Ethel war hübsch, hätte, wenn sie sich nicht dermaßen vernachlässigte, ein entzückendes Mädchen sein können. Delia Bright seufzte tief, als sie an den jungen Daniel Haldeman dachte; weshalb wollte Ethel ihn nicht heiraten? Er war ein schöner Mann, Besitzer einer großen Automobilfabrik, Mitglied der Better American Federation. Die arme Frau Bright hatte in der Unschuld ihres Herzens letztere Eigenschaft des jungen Mannes angeführt, um ihn Ethel sympathischer zu machen. „Herr Haldeman interessiert sich ebenfalls für soziale Fragen, er gehört einer Vereinigung an, die allen Mißständen abhelfen will."

„Welcher Vereinigung?" fragte Ethel.

„Der Better American Federation."

Das Mädchen lachte laut auf: „Dieser Räuberbande? Diesen Mördern? Diesen Gewerkschaftszertrümmerern?"

„Ethel! Wie kannst Du so sprechen? Du weißt doch, daß alle organisierten Arbeiter Verbrecher sind, die uns alles fortnehmen wollen. Hörtest doch Deinen Vater unzählige Male sagen, daß nur die offene Werkstatt Amerika und die ganze Welt retten könne."

Frau Bright entsann sich nicht gern des Auftritts, der ihren Worten gefolgt war. Ihr einziger Trost bestand darin, daß zuletzt doch sie recht behalten hatte. Von den Aussprüchen der Tochter aufs höchste gereizt, rief sie ihr zu: „Wenn Du so ‚rot' bist, so bleibe doch nicht bei uns, geh' zu Deinen Freunden, zu den schmutzigen, gemeinen Leuten, die mit dem Messer essen und sich die Serviette vorbinden."

Ethel senkte den Kopf, erwiderte tonlos: „Du hast recht, Mutter. Wer so denkt, wie ich, dürfte keinen Tag in diesem Hause bleiben. Aber — mir fehlt die Kraft."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Leuchtenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Göritz Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Die Bezirksleitungssitzung findet am Montag nicht statt.

Stadtverordneten-Fraktion. Am Sonntag, dem 10. Januar, abends 7 Uhr, findet im „Bergzepel" eine wichtige Stadtverordneten-Fraktionssitzung statt. Die Stadtverordneten haben unbedingt zu erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diesdorf a/s. Am Sonntag, dem 10. Januar, findet um ½11 Uhr im „Turnerheimschänke" (Grünstraße) eine wichtige Funktionärsversammlung statt. Gleichzeitig müssen alle Zehnerschaftsführer ihren Kassen-Bericht mitbringen. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringende Notwendigkeit.

Lettin. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Erholung". Wichtige Tagesordnung. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Fischerhof. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Polze. Referent Genosse Max Lademann.

Paplitz. Lenin-Gedächtnisversammlung-Feier Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Koch. Modelmik Referent Genosse Otto Kilian.

Ammendorf. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, vor dem Platze am „Deutschen Haus". Referent Genosse Max Lademann.

Könnern. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Otto Härtel, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mitteschädt. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Fritz Bodin. Referent Genosse Otto Härtel, Halle.

Lützen. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Bernhard Koenen, Merseburg.

Mücheln. Ortsleitungssitzung Dienstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Das Erscheinen aller Kassenleiter ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Bonhorst". Referent ist anwesend.

Eisleben. Große Funktionärsitzung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus". Der gesamte Vorstand, die Unterkassierer, Fraktionsleiter usw. haben unbedingt zu erscheinen.

Hettstedt. Werkstattkassierersitzung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Alle hierzu aus dem Hettstedter Industriegebiet Eingeladenen müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Hettstedt. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Markt. Referent Landtagsabgeordneter Richard Schnettler, Berlin.

Eisleben. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der „Zentralhalle". Referent Landtagsabgeordneter Stolt, Berlin.

Klostera. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, in der „Sängerhalle". Referent Landtagsabgeordneter Hoffmann, Berlin.

Bernbach. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal Tittel. Referent Genosse Richard Weber, Grosörner.

Hettstedt. Alle Mitglieder haben sich Sonntag an der Kundgebung zu beteiligen. Abmarsch 1½ Uhr.

Burgörner. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung zu beteiligen. Abmarsch 1½ Uhr.

Molmerswende. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1½ Uhr.

Gerbstedt. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1 Uhr.

Wimmelburg. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1 Uhr.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Sandersdorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Winkler. Restloses Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Wittenberg. Werkstattkassierersitzung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Erzherzog". Alle hierzu eingeladenen Genossen aus dem Wittenberger Industriegebiet müssen bestimmt erscheinen.

Delitzsch. Werkstattkassierersitzung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Kyffhäuser". Alle hierzu eingeladenen Genossen müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Wittenberg. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem Markt. Referent Genosse Reeg, Wittenberg.

Bitterfeld. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent Genosse Krüger, Halle.

Düben. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.

Raguhn. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL ist anwesend.

Mosten. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, vorm. 10 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL ist anwesend.

Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL ist anwesend.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Montag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent Genosse Müller.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Belgern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Alles muß restlos erscheinen und die Gelder der verkauften Partei-und-Rot-Marken mitbringen.

Torgau. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Peter Maslowski, Halle.

Mühlberg. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Weißen Adler". Referent Genosse Otto Kilian, Halle.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Großen-Kunitzel. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof zu Kunitzel. Referent von der BL ist zur Stelle. Alles muß bestimmt bei mir erscheinen.

Nebra-Reichel-Zangenberg. Sonntag Beteiligung an der Kundgebung in Zeitz. Sammeln vorm. 10 Uhr „Diana"-Saal. Sämtliche Genossen haben teilzunehmen.

Teuchern. Generalversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Referent von der BL anwesend.

Zeitz. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem „Theaterplatz". Sammelpunkt der gesamten Ortsgruppe 10½ Uhr an der „Krone", Gerber Straße.

Kein Genosse darf die CI.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Versammlungen der Roten Hilfe

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, wichtige Mitgliederversammlung nachmittags 4 Uhr in der „Schuhmacherherberge".

Bernburg. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Klestermanns im „hohen Felsen" wichtige Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, abends 8 Uhr, „Schuhmacherherberge" Generalversammlung. Referent: Heder, Halle. Sympathisierende Männer und Frauen können durch Mitglieder eingeführt werden.

Nach wochenlanger Ankündigung endlich erschienen:

Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Sowjet-Rußland?

Preis 50 Pfennige

Zu haben:

Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14, Volksbuchhandlung, Harz 42/44 Weißenfels, Martenstr., Merseburg, Markt 7 Zeitz, Liebknechtstr. 4, Mücheln, Gewerkschaftshaus Gebäude, Eisleben, Rathausstraße 7 Wittenberg, Jüdenstraße 11

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Sie suchen billige Gardinen!

Unser Inventur-Ausverkauf bietet Ihnen eine große Auswahl guter Qualitäten zu weit herabgesetzten Preisen.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken

Georg Methner & Co.

Halle a. d. S., am Leipziger Turm

Kinderwagen
Sportwagen, Stubenwagen
Puppenwagen, Selbstfahrer
Kinderstühle und Stühle
Kinderbetten
in mein **Inventur-Ausverkauf** fabelhaft billig, alles weit unt. Preis

Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstr. 3, 1 Min v. Markt

Volkshochschule, Halle
Beginn: Montag, den 11. Januar
Näheres siehe Anschlagsäulen

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg eGmbH. eGmbH.

Wir führen nur GEG-Seifen u. -Waschmittel und ersuchen unsere Mitglieder nur diese vorzügl. Fabrikate der genossenschaftl. Eigenproduktion zu verwenden

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle **Merseburg**
Sonntag, d. 10. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, in der **„Zunkenburg", Merseburg:**

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Jahres- u. Quartalsbericht 1925
2. Neuwahl der Ortsverwaltung
3. Gewerkschaftliches 41

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung

Schlafzimmer
in echt Eiche und gestrichen, sowie alle **Einzelmöbel verf. preiswert**
Friedr. Steckel, Möbelfabrik
Diemitz, Berliner Straße 26 9

Gemeinschaft proletar. Freidenker
Ortsgruppe Zeitz
Der Unterricht zur
Jugendweihe
beginnt **Montag, 11. Januar,** nachmittags 3 Uhr, in der **„Steinschänke"**
42 **Der Vorstand**

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Freudenbergs Ballhaus
Sonntag, den 10. Januar 1926, ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Unterhaltungs-Musik
in den vorderen Räumen
Angenehmer Familienaufenthalt
ff. Kaffee 43
frischer Ausstich von Bockbier
Es ladet freundlichst ein **Der Wirt**

„Zwei Linden", Wittenberg
Königsplatz 12
Sonntag, den 19. Januar 1926
Der gemütliche Ball
Der gute Kaffee und Kuchen
Es ladet ein **Der Wirt**

Werbt f. d. Klassenkampf

Billige böhmische Bettfedern!
1 Kilo graue, gesch. lisene Mk. 3, halbweiße Mk. 4 weiße Mk. 5, beff. Mk. 6 u. 7, hammerweiche Mk. 8 u. [illegible] Mk. 12 u. 14. Versand portofrei, zollfrei, gegen Nachnahme von meiner deutschländischen Versandstelle aus Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet, daher kein Risiko. **Bernhard Sachsel, Lobes Nr. 65 b. Pilz, Böhm.**

Stadt-Theater
Sonntag 3 Uhr: **Das gewandelte Leuteschen**
Ende 5 Uhr
Sonntag 7½ Uhr **„Der Orlow"**
Ende 10½ Uhr
Dienstag 7½ Uhr **Russisches Ballett**
Mittwoch 7½ Uhr **Berühmte Braut**

Thalia-Theater
Sonntag 7½ Uhr: **Familie Hannemann**
Ende 10 Uhr

Lederjohlen Gummiabsätze
billig bei
Wilh. Kranz
Neue Promenade 15

Ich gebrauche dringend groß Posten **Kanarien**
nur gelb und bunt und zahle ausnahmsweise 197
erhöhte Preise
Fritz Tischler,
Bleiestraße 20

Ziegenfelle
geeibt und fährt auf **Skunks, Wolf und Jobel** 7
Solfrian
Böllberggraweg 7

Jung. Fox auch Mischling bis ½ Jahr alt, **weiß,** zu kaufen ge. **Tilz, Kröllwitz,**
Schulberg 15

Kanarien-Winkler
Kröllwitz
Dölauer Str. 18
verkauft billig u. gut Tonsänger, geeignet

Brennholz
Baisen u. zerkleinert sowie alle Sanitäre sofort lieferbar
Lindner & Richter,
Melanchthonstr. 45

Ehrenerklärung
Nehme hiermit die Beleidigung gegen den Genossen Alfred Mitschdorf zurück
Minna Löwe

Kleine Anzeigen
haben im Kassenkampf
Große Wirkung!

WALHALLA
Morgen 7½ Uhr
Endlosen Beifallsjubel
bereit allabendlich die entzückende
Anneliese von Dessau
Operette in 1 Akt von R. Winterberg
Gewöhnl. Preise **0,60 bis 5,00** M.
Tageskasse 11 Uhr Tel. 558

Volkspark
Burgstr. 27 Hallesche Straße 8 u. 7
Morgen Sonntag
Gr. Ball Freikonzert
Bockbier-Ausschank
Reichhaltig. Speisenkarte

Stadt-Theater
Montag, d. 11. Januar, 7½ Uhr:
V. Städt. Sinfoniekonzert
Leitung: Gen.-Musik-Dir. **E. Band**
Solist: **Georg Schumann**
Programm
Bach — Mozart — G. Schumann
Blüthner-Flügel von B. Doll
Die 2. Rate bitten wir an der Kasse einzuzahlen
Hauptprobe: Sonntag, 11 Uhr vormittags

Modernes Theater
Kein Inventur-Ausverkauf
kann Ihnen für
Mk. 1,00
das bieten, was Sie im Modernen Theater für diesen Preis eines ganzen abend lang zu sehen bekommen 194
Preise der Plätze:
Mk. 2,00, 1,50, 1,00 und 50 Pf.

Rakete
Das Urteil der Besucher: Ein Sensationsprogramm
Dr. Allos
der beste Kabarettist Deutschlands!
Käthe Hagedorn
R. Kirsten
Harry und Dolly
Pat und Patachon
Vom Besten das Beste!
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:
4-Uhr-Tee 196

Konsumverein f. Deutzich u. Umg.
e. G. m. b. H.
Bekanntmachung
Ein heißer Wunsch unt. Mitgliedern ein Sparmark in im Werte z. 20 ₰ 20 ₰ ist **Erfüllung in allen Verkaufsstellen an den Kassen**
An den Genossenschaftern liegt es nun einen Notgroschen zu sammeln
Nähere Auskunft wird in den einzelnen Verkaufsstellen erteilt
202 **Die Verwaltung**

Zeitungsträgerin
gesucht für **Biehla.** Meldungen bei **M. Lehmann,** Brettestraße

Er und Du

Ob Herbst, ob Winter, immer fühlt „Er" sich elastisch, abgehärtet und gesund. Die wunderbar belebende Wirkung gibt Täglich **2x1** Dr. Schröder's-Aufbau-Salz **=1** Prise ganzes Leben Jugend

Dr. Schröder's-
Aufbausalz
(Zwölfersalz)
Groß-Kur Mark 2.50, Klein-Kur Mark 1.—
In Apotheken und Drogerien zu haben, sonst durch:
Generalvertreter: **E. Hartmann & Co., Leipzig,** Christianstraße 6. Telephon 17 480

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

An die Kollegen der Agfa-Werke

(Von einem Betriebskorrespondenten)

Wieder ist ein Jahr ins Land gezogen, welches für die Arbeiterschaft nicht rosig genannt werden kann. Trotzdem scheint die Arbeiterschaft auch an der Jahreswende noch keinen Rückblick über das Vergangene gehalten zu haben. Oder sind die Ereignisse nicht wert, einmal — ach, nur einmal gründlich! — betrachtet zu werden? Will die Arbeiterschaft immer noch mit verbundenen Augen an den verflossenen und kommenden Ereignissen vorübergehen?

Wir glauben gern, daß viele Kollegen der **Ueberstundensegen** abgehalten hat, sich um das zu kümmern, was unbedingt für jeden Arbeiter und Angestellten eine heilige Pflicht ist: nämlich sich **in die Reihen der freien Gewerkschaften** zu reihen. Kollegen! Glaubt doch nicht, daß Ihr durch Eure Betriebspolitik zum Ueberstundenfesten Euch eine Lebensstellung erworben habt! Gehen denn auch die erschreckenden Erwerbslosenziffern spurlos an Euch vorüber? Bedenkt Ihr nicht, daß auch Ihr allzu bald in die Armee der **Erwerbslosen eingereiht werden könnt? Soll die Ernüchterung erst** kommen, wenn der Kampf immer schwerer wird? Ihr müßt die Zeichen der Zeit begreifen. So mancher sieht einen freigewerkschaftlich organisierten Kollegen mit scheelen Augen an oder verhöhnt ihn noch, wenn er die Kollegen auf ihre dringende Pflicht aufmerksam macht und sie zu gewinnen sucht. „Was nützt uns die Gewerkschaft, soviel können die für uns nicht herausholen", sind die Antworten, und die Kollegen wollen sich auf die tiefere Bedeutung der Gewerkschaften nicht näher einlassen. Den Kollegen geben wir zu bedenken, daß man doch alles auf die Straße wirft, ohne danach zu fragen, ob einer gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht, oder ob er seine ganze freie Zeit durch Ueberstundenleistung der Firma zur Verfügung gestellt hat.

Nein, Kollegen! Diese kurz aufgeworfenen Fragen dürfen keine Vergangenheitsfragen, sondern sie müssen **Zukunftsfragen für jeden einzelnen** bedeuten. Ein jeder muß es als heiligste und höchste Pflicht ansehen, gewerkschaftlich organisiert zu sein, er muß in Zukunft es für sich als ehrverletzend betrachten, nicht in den Reihen der organisierten Kollegen gesehen zu werden. Denn noch **nie ist die Situation für die Arbeiterklasse so gefahrdrohend gewesen,** wie es gerade jetzt der Fall ist in der Zeit des Massenabbaues, der Betriebsstillegungen, wo die Unternehmer mit den schärfsten Ausbeutungsmethoden einsetzen. Dieses alles muß doch jedem Arbeiter der Angestellten vollkommen klar sein. Hinzu kommt, daß im Verlauf des Jahres mit dem **Ablauf der Tarife** für die Arbeiterschaft noch nicht vorauszusehende Schwierigkeiten entstehen werden. Wir werden einfach vor die Alternative gestellt, alles daranzusetzen, uns zusammenzuschweißen, um den kommenden Kämpfen erfolgreich entgegen zu können, oder ganz und gar im Elend zu versacken. Wir müssen uns der Gefahr, in der wir uns befinden, voll bewußt sein, Kollegen, es nützt nichts, wenn man über die Vergangenheit der gewerkschaftlichen Heulmeierei und schließlich selbst nicht gehoben hat, die Verhältnisse zu bessern. Man soll doch nicht glauben, daß durch das Beitragszahlen die Pflichten innerhalb der Organisation erfüllt seien. Nur durch **Taten** können wir unseren gewerkschaftlichen Organisationen neues Leben verleihen. Nicht die Passivität der Massen, die diese Verhältnisse mitschaffen, sondern die Aktivität muß Platz greifen! Es muß im neuen Jahr auch der letzte Mann für die Gewerkschaft mobil gemacht werden.

Kollegen der Agfa-Werke! Wenn wir auch im vergangenen Jahre erfreuliche Organisationsresultate erzielt haben, welche uns schließlich wieder auf unsere alte Höhe gebracht haben und weitere erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sind, so genügt das noch nicht! Möge der Wunsch der Kollegen der beiden Werke in Erfüllung gehen, daß wir jetzt auch den letzten Mann für die Gewerkschaft gewinnen, um den kommenden schweren Zeiten als **kompakte Masse** entgegentreten zu können.

Schon wieder ein tödlicher Betriebsunfall

Abraumbetrieb Grube Golpa

Ein Arbeiter von Golpa schreibt uns: Ein furchtbares Unglück ereignete sich Dienstag morgen in dem Musterbetrieb **AEG., Grube** Golpa. Zwischen 3 und 4 Uhr morgens fand ein Meister die **entsetzlich verstümmelte Leiche** des Kollegen Paul Zimmermann aus Reuden im Gleis zwischen einer Weiche liegen. Dieser Unglücksfall ist um so trauriger, als die Mutter des Verunglückten ihren Mann als Opfer des Völkermordens hingeben mußte.

Nach Angaben von Augenzeugen ist auch dieser Fall wieder ein Opfer des **Antreibe- und Akkordsystems, der langen Arbeitszeit, der mangelnden Beleuchtung,** sowie des Weichensteller-Abzeichensystems des Herrn Hasenknopf. Zimmermann war Bremser auf einem Abraumzug und mußte als solcher vom Zug springen und die Weiche stellen, die nicht beleuchtet war. Nach Annahme ist er immer wieder beim Wiederaufspringen und dem furchtbaren Morast gestürzt und so in der Bremsvorrichtung hängen geblieben und zerrissen worden. Der Maschinenführer kann das nicht gesehen haben, weil es dunkel war und der Zug rückwärts gefahren ist.

Ebenso stolz wie auf sein Ausbeutesystem kann der Musterbetrieb Golpa auf seine **hygienischen Einrichtungen** sein, denn als man Zimmermann nach der Leichenhalle transportierte, riß das vollständig verfaulte Bettlaken entzwei, und man mußte die Leiche mit einschleppen wie ein schlachtreifes Vieh und zunächst auf dem Steinboden liegen lassen.

Arbeiter von Golpa! Ermacht endlich aus Eurem Murmeltierschlaf und besinnt Euch auf Eure Macht! Fordert eine **Untersuchungskommission der Arbeiter** für diesen Fall und ordentliche Sicherung der Grubenwege, ferner **Abschaffung des Akkord- und Antreibesystems, Achtstundentag** und menschliche Löhne und Behandlung! Sorgt auch dafür, daß in jeder Kolonne ein Verbandskasten und eine Tragbahre vorhanden sind!

Moderner Sklavenhandel

Griesheim Elektron Nord, Bitterfeld

Auf Griesheim Elektron scheint man die Krise zu benutzen, um mit der Arbeiterschaft Menschenhandel zu treiben. Die zwei Direktoren, Dr. Jäger und Dr. Strauß, scheinen vom Abbau-Teufel besessen zu sein. Diese Herren, die sonst nicht genug der Menschlichkeit gegenüber als Wohltäter der Menschheit gelten lassen, sehen auf ganz hinterlistige Weise hiesige Familienväter das Straßenpflaster. Dabei helfen besonders die **Betriebsführer** und der Wohlfahrtssekretär **Dr. Walter mit.**

Gleich nach Weihnachten wurden mehrere Arbeiter nach Werk I überwiesen und nach drei Tagen von dort einfach fristlos wegen Arbeitsmangel entlassen. Noch nicht einmal den zustehenden Urlaub hat man ihnen gegeben.

Während man eine Beunruhigung in die Belegschaft bringt und dauernde Munkeleien betreffs weiter bevorstehender Entlassungen und Betriebsstillegungen bringt, werden die noch beschäftigten Arbeiter **gezwungen, schon wochenlang 12 Stunden zu arbeiten.** Besonders im Oxalsäure-Betrieb werden 12 Stunden gearbeitet und dabei täglich neue Entlassungen vorgenommen. Auch in dem Magnesium gibt es Leute, die nebenbei noch eine Schicht beim Kesselreinigen täglich dableiben, also täglich sogar **16 Stunden** arbeiten. Diesen Arbeitern müßte doch die Schamröte ins Gesicht steigen!

Als ein Kollege aus dem Formiat-Betrieb nach seiner Entlassung vorstellig wurde, flossen nur so die Mitleidstränen. Innerlich aber denken die Beamten: „Den bist Du los, der war nur gefährlich. Ich brauche Leute, die nicht wissen, daß sie Menschen sind." — **Ein besonders feiner Herr scheint der Dr. Gostrah zu** sein, ein echter Stahlhelmerich und teutscher Patriote. Derselbe soll Aeußerungen tun, wie: **Im Betrieb bin ich kein Mensch, ich verlange Arbeit! Wer nicht mitkann, muß gehn!** Nebenbei bemerkt ist dieser Herr ein ehemaliger Theologiestudent. Das wirkt ein besonderes Licht auf seine Aeußerung, die doch nur bedeutet, daß **seinetwegen die Arbeiter verrecken mögen.**

Auch sonst ist man sehr schnell dabei, handgreiflich zu werden. So soll der Sekretär Walter (der Mann mit dem grossen Mantel und Schlapphut) einem Arbeiter Backpfeifen angeboten haben. Dieser Herr, der wahrscheinlich sehr fröstlich veranlagt ist, sollte sich etwas mehr um die **sanitären Einrichtungen** bekümmern. Da sieht es im Punkt Sauberkeit überall **traurig aus.**

Kollegen, Arbeitsbrüder, die wir jetzt dem Heer der Arbeitslosen zugewiesen sind: wenn Ihr wollt, daß unsere Familien nicht hungern und zugrunde gehen sollen, so **verweigert jede Ueberstunde,** zwingt Euren Betriebsrat zum Eingreifen, verlangt Betriebsversammlungen. Organisiert Euch, zeigt den Herren, daß Ihr Euch nicht als Sklaven behandeln laßt. Macht den geschilderten Verhältnissen durch schnelles Handeln ein Ende!

Der „Deutsche Vorwärts" und seine Betriebsberichte aus der „Prawda"

Unter der Ueberschrift: **„Mehr Wahrheit über Sowjet-Rußland"** gibt der Verlag des „Deutschen Vorwärts" ein Flugblatt heraus, das die Unternehmerschaft, besonders hier im Braunkohlengebiet, unter den Arbeitern verteilen läßt. Der „Deutsche Vorwärts" wird redigiert von **früheren „Vorwärts"-Redakteuren,** die es vorgezogen haben, konsequent die nationale Phrase der Kriegszeit beizubehalten und deren höchste Aufgabe es ist, die deutsche Arbeiterschaft im Interesse der Kapitalsherren zum kapitalistischen Staate hinzuführen. Wie stark dieser „Deutsche Vorwärts" mit dem Unternehmertum verbunden ist, beweist die Tatsache, daß **dieses Blatt vollkommen von den Unternehmern angehalten** und benutzt wird, um **Gratisexemplare an die einzelnen Arbeiter** zu verteilen. Dies geschieht zum Beispiel in Oberröblingen.

In dem Flugblatt, das uns vorliegt, wird nun versucht, eine Hetze gegen Sowjet-Rußland und gegen die KPD einzuleiten. Zu diesem Zweck glaubt man Eindruck zu schinden, wenn man Betriebsberichte aus der „Prawda" veröffentlicht und sich die Richtigkeit dieser Berichte von einem **russischen Menschewisten der Emigration** bestätigen läßt. Wir sind nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Berichte stimmen oder ob sie aus den Fingern gesogen sind. **Vieles** spricht für die letzte Tatsache, da die meisten Berichte, die dort abgedruckt werden, lediglich die Stadt und nicht einen bestimmten Betrieb vermerken.

Selbst aber, wenn diese Betriebsberichte in der „Prawda" gestanden hätten, so ist dies uns gerade ein **Zeichen dafür, daß die kommunistische Partei in Rußland bemüht ist, durch die Betriebsberichte alle Mißstände,** die noch vorhanden sein mögen, **zu signalisieren, ein Weg, der die beste und schnellste Abhilfe schafft.** Bekanntlich gibt es in Rußland noch eine große Anzahl von Kleinbetrieben, die nicht nationalisiert sind. Obwohl diese Betriebe dem Arbeitskodex der SSSR. unterworfen sind, besteht selbstverständlich durch die Privatunternehmer das Bestreben, die bestehenden Bestimmungen zu sabotieren. **In diesem Punkt besteht in Rußland noch der Klassenkampf** und er wird in aller Schärfe durchgeführt. Gerade die Betriebsberichte in den russischen Zeitungen sind ein Beweis dafür, daß die Arbeiter diesen Klassenkampf, der natürlich nur noch **ein partieller Klassenkampf** ist, zu führen wissen.

Das Blödsinnigste an diesem Flugblatt aber sind folgende Sätze:

„Die Bestürzung in leitenden Kommunistenkreisen (über diese vom „Deutschen Vorwärts" angeblich aus der „Prawda" veröffentlichten Betriebsberichte. D. Red.) ist allgemein. Man fühlt sich entdeckt und ertappt! **Man** fürchtet, bei einer öffentlichen Aussprache die deutsche Arbeiterschaft hellhörig zu machen! Deshalb ist der Schrecken in **eine Wut auf die Moskauer Leitung der 3. Internationale umgeschlagen.** Man ist maßlos empört, daß die „Prawda"-Berichte geduldet worden sind! Man will die Wahrheit verschweigen und fordert in einer Beschwerde nach Moskau die sofortige Einstellung der „Prawda"-Berichte, weil die Propaganda der Abordnung und der KPD. durch die Ueberjetzungen im „Deutschen Vorwärts" völlig lahmgelegt würden."

Darauf kann man wirklich nur antworten: Das ist entweder eine lächerliche **Demagogie,** die jeder Arbeiter sofort als solche erkennen wird oder ein **Größenwahnsinn,** der die Verfasser des Flugblatts im Nirtleben reitet macht. Die KPD., die Komintern haben wahrhaftig **wichtigere Aufgaben,** als sich um das Geleise solcher Unternehmerknechte zu kümmern.

Die Krise in der Kalkstickstoffindustrie

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit letztem Frühjahr befindet sich die Kalkstickstoffindustrie in einer **Absatzkrise.** Eine völlige Entleerung der Speicher, die sonst um die Zeit als regelmäßige Erscheinung galt, fand im Frühjahr 1925 nicht statt. Es war demzufolge zu erwarten, daß der Herbstversand, der sonst von Anfang Oktober bis Ausgang Dezember getätigt wurde, zur Entleerung der Speicher führen würde. Statt dessen rollten die mit Kalkstickstoff beladenen Waggons nur in sehr spärlicher Zahl von ihrem Versandort ab. Die Arbeitslosigkeit, die sonst **in den Monaten Oktober bis Dezember groß ist,** wurde durch den Aufspeicherungsbetrieb in erheblichem Maße gemildert, während die sonstigen Arbeitslosenziffern in diesem Jahre infolge der Absatzkrise sehr hoch sind.

Forschen wir nach den Ursachen der Krise, so findet sie ihre Erklärung in der Lage der Landwirtschaft, die als alleiniger Abnehmer des Kalkstickstoffes in Frage kommt. Bekanntlich will der Getreidepreis nicht in dem Maße in die Höhe gehen, wie die Großagrarier es wünschten. Das gibt ihnen Anlaß genug, **mit ihren Aufträgen zurückzuhalten.** Eine derartige Manipulation soll preisdrückend auf den Kalkstickstoff wirken. In der Tat bliebe der Kalkstickstoffindustrie zwischen zwei Wegen nichts anderes übrig: Entweder sie wird unter solchem Druck gezwungen, durch Herabsetzung der Preise ihre Speicher zu entleeren, oder aber sie müßte, wie irrtümlich in einer Leipziger Zeitung berichtet wurde, bei gefüllten Speichern ihre Betriebe schließen.

Nun muß aber gesagt werden, daß die Großagrarier bei den niedrigen Getreidepreisen ihr Produkt entweder gar nicht, oder aber nur zu einem Teil verkaufen. Es lagert in den Speichern der Mühlen und wird nicht eher daraus verschwinden, bis durch gesteigerte Nachfrage oder durch ein Börsenmanöver die Preise sich günstiger gestalten. Mit diesem Zeitpunkte fällt dann wahrscheinlich die zurückhaltende Tendenz für die Bestellung des Kalkstickstoffes weg und die Krise ist behoben. Gelänge es der Landwirtschaft, unter dem Druck des Kalkstickstoffboykotts schon vor dem Verkauf ihres Getreides unter den beschriebenen Bedingungen einen niedrigeren Stickstoffpreis zu erzielen, so machten sie, was ohne weiteres erhellt, noch ein gutes Geschäft dabei. Doch erscheint bei dieser Manipulation noch ein weiterer Zweck durchsichtig. Verkaufen die Großagrarier kein Getreide, so winkt der Dalles, weil die entsprechenden Einnahmen fehlen, dann können sie sich auch nicht mit Stickstoff eindecken. Aus dieser Schwierigkeit gilt es für sie herauszukommen und sie schreien nach Krediten. Indem aber auch andere Kredite nötig haben, wirkt der Boykott als ein weiteres Druckmittel auf die Kalkstickstoffindustrie, um von dieser möglichst schnell Kredite zu bekommen: „Wollt Ihr, daß die Speicher leer werden, so helft uns notleidender Landwirtschaft bei der Kreditbeschaffung!"

Die gefüllten Speicher selbst bergen Millionen von Kapitalwerten in sich, die nicht, wie das deponierte Geld auf der Bank, Zinsen bringen, wohl aber hohe Zinsen verschlingen. Diese unwirtschaftliche Kapitalaufhäufung, verursacht durch den Boykott der Landwirtschaft, muß natürlich statt einer Verbilligung, eine **Verteuerung des Kalkstickstoffes** hervorrufen. Erreichten nun die Agrarier ihr Ziel, Verkauf des Getreides zu erhöhten Preisen und Beschaffung von Krediten, dann erhebt sich erneut das ewige Geschrei: „Was nützen uns die Einnahmen! Durch den teuren Einkauf des Kalkstickstoffes ist unser schönes Geld wieder flöten gegangen, wir gehen zugrunde, das deutsche Volk geht zugrunde. Gebt uns Kredite!"

Die Verwendung des Kalkstickstoffes als Düngemittel in der Landwirtschaft ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nicht allein, daß die Ernteerträge erfahrungsgemäß um ein beträchtliches erhöht werden, es dient auch wegen seiner stark ätzenden Eigenschaft als Vertilgungsmittel von hartnäckigem Unkraut auf Getreidefeldern. Der Kalkstickstoff ist hochprozentiger an reinem Stickstoffgehalt als der früher unentbehrliche Chilesalpeter. Die Einfuhr des letzteren hat daher erheblich nachgelassen. Durch kombinierte Verfahren läßt sich neben anderen chemischen Produkten sogar künstlicher Chilesalpeter herstellen. So ist es kein Wunder, daß die Kalkstickstoffproduktion nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Italien, auf der skandinavischen Halbinsel und in Amerika einen großen Aufschwung genommen hat. Die Leistungsfähigkeit in der Kalkstickstofferzeugung der ganzen Welt wurde im Jahre 1905 auf etwa 3000 Tonnen jährlich berechnet und dürfte heute schon **an 2 Millionen Tonnen überschritten** haben. Der Anteil der deutschen Kalkstickstoffindustrie beträgt 600 000 Tonnen, was einem Reinstickstoffgehalt von 120 000 Tonnen entspricht. Die Leistungsfähigkeit steht aber noch in keinem Verhältnis zur Produktion selbst. Letztere wird noch zu einem Teil durch die Unkenntnis ihrer Vorzüge als Düngemittel, aber auch durch Krisen, deren Charakter wir kennen lernten, in Frage gestellt. Hinzu kommt, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Kalkstickstoffindustrie durch Schwierigkeiten der Behörden in Frage gestellt wird.

Da die Wasserkraft zur Erzeugung des elektrischen Stromes, der bei Herstellung des Kalkstickstoffes eine große Rolle spielt, billiger ist als die Verwendung von Braunkohlenenergien, sollte mit dem Ausbau der Wasserkraft der Alz, einem Flusse in Süddeutschland, begonnen werden. Die bayrische Regierung hat sich nicht entschließen können, dazu die Konzession zu erteilen. Wäre es also den maßgebenden Behörden wie auch den Agrariern ernst um die Versorgung der breiten Massen mit billigen Lebensmitteln, so würden sie die Voraussetzungen zu ihrer Verbilligung ohne weitere Umstände schaffen. Diese ist gegeben durch reichlich angemessene Verwendung von Kalkstickstoffdünger in der Landwirtschaft auf den dazu geeigneten Böden und wird durch ein unwirtschaftliches Wirtschaftssystem, wie aus der bisherigen Darstellung ersichtlich, verhindert.

An dieser speziellen Krisenerscheinung können die breiten Massen nicht so achtlos vorüberjehen, denn es handelt sich hier um eine der **elementarsten Lebensfragen.** Die Versorgung richtet sich nicht nach der Bedürftigkeit der breiten Massen, sondern diese sind gezwungen, den Großagrariern buchstäblich aus der Hand zu fressen. Werden die Nationen durch die Einfuhr ausländischer Lebensmittel vergrößert, so fordern diese Zölle. Die **Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle** bedingt wiederum eine **Verteuerung der Lebensmittelrationen.** Im Gegensatz hierzu besteht ein sehr beschränktes Ausfuhrverbot von Kalkstickstoff. Der Bezug, bzw. seine beliebige Verwendung liegt dadurch ebenfalls in den Händen der Großagrarier, die, abgesehen von den Witterungseinflüssen, ganz willkürlich darüber verfügen, wieviel auf dem Felde wachsen soll. Davon ist aber auch mit der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft abhängig. **Aus alledem ist zu erkennen, daß die breiten Massen, ohne daß sie es leider merken oder genügend beobachten, in den Händen einer bestimmten Gesellschaftsschicht zu einem Wertzeug reiner Profitinteressen gemacht werden.** Dabei wird ihre Existenzfrage nur insofern berührt, als sie sich mit den Profitinteressen dieser Klasse vereinbaren läßt. Daß solch ein Zustand für die Dauer überhaupt tragbar ist, erscheint dem Beobachter dieser Dinge oft wie ein Rätsel. Die Umstellung dieses Profitsystems auf **planmäßig organisierte Bedarfswirtschaft** würde für die schaffende Bevölkerung doch Vorteile bringen, die heute noch gar nicht zu übersehen sind. Es wird hohe Zeit, daß die Massen die Zusammenhänge endlich begreifen lernen und ihrerseits dazu beitragen, durch einen zähen und unermüdlichen Kampf dieses Profitsystem zu fall zu bringen.

Zum Schluß noch ein Wort über die Zeitungsnotizen über die geplante Stillegung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke Piesteritz A.-G. Sie hat sich nicht bewahrheitet. Solange die i. J. erzeugte Gesamtmenge von Kalkstickstoff zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht, ist ein Grund zur Stillegung des genannten Werkes nicht gegeben. Mehr aber sind genügend Gründe vorhanden, um eine Stillegung, wenn sie tatsächlich durchgeführt werden sollte, zu verhindern. Es handelt sich hier nicht um um eine Lebensfrage der in der Kalkstickstoffindustrie beschäftigten Arbeiter, sondern aller schaffenden Schichten der Bevölkerung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Achtung, Parteimitglieder von Halle!

Am Mittwoch, dem 13. Januar, abends 8 Uhr, findet für Halle der

2. Gewerkschaftstag

statt. Thema: Gegen die Kapitalsoffensive. Erwerbslosenprobleme. Vorbereitung der Ortsverwaltungs- und der Betriebsrätewahlen.

Die Lokale für die einzelnen Industriegruppen werden noch bekanntgegeben. Andere Parteiveranstaltungen dürfen am Mittwoch nicht stattfinden.

•

Am Dienstag, dem 12. Januar 1926, abends 8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine wichtige

Parteiarbeiter-Konferenz

statt. **Die Oberbezirksführer, Distriktsführer, Ressortleiter und Zellenleitungsmitglieder müssen unbedingt zu dieser Sitzung erscheinen.**

Wieder ein „Volksblatt"-Schwindel entlarvt

Das „Volksblatt" versucht wieder einmal seine Ablenkungsmanöver. Diesmal muß es seine Leser von der Tatsache ablenken, daß es nicht für Fürstenenteignung eintritt und daß Herr Grützner die Erwerbslosen verhöhnt. Und so konstruiert es denn eine „bürgerlich-bolschewistische Einheitsfront" mit der Behauptung, daß der „Klassenkampf" Grützners Veto gegen die Erhöhung der hallischen Magistratsgehälter unterschlagen habe und nicht zu veröffentlichen wage.

Wir stellen demgegenüber fest, daß wir — **lange bevor das „Volksblatt" überhaupt daran dachte** — diese Tatsache im „Klassenkampf" bekanntgegeben haben. **Bereits am 9. Dezember 1925** war im „Klassenkampf" zu lesen:

„Einspruch gegen die Magistratsgehälter

Wie der „Merseburger Korrespondent" aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat Regierungspräsident Grützner die Erhöhung der hallischen Magistratsgehälter beanstandet und Einspruch dagegen erhoben. Die Begründung des Einspruches stützt sich auf den § 9 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920. Gleichzeitig ist die Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen erhöhten Bezüge angeordnet."

Wenn das „Volksblatt" nur noch einen Funken journalistisches Anstandsgefühl besitzt, widerruft es diesmal seine Behauptung und gibt zu, daß es sich geirrt hat. Wie uns die Erfahrung jedoch gelehrt hat, ist diese Hoffnung bei sozialdemokratischen Ehrlichkeit aber sicherlich nicht am Platze.

Es gibt keine Wohnungsnot — es gibt nur eine Stadthallenfrage

Von einem Arbeiter wird uns folgende Offene Anfrage an den Magistrat übermittelt:

Wie lange braucht man, um eine Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen zu bekommen? Seit 1919 bin ich angemeldet beim Wohnungsamt für eine wohnbare Wohnung, doch bis heute ohne jeden Erfolg, obgleich wir bereits 1926 schreiben. Also sieben volle Jahre, Herr Magistrat!

Kurz will ich aufzeichnen, was ich in dieser Angelegenheit mit den Behörden verschiedener Art zu tun gehabt habe. Zur näheren Erläuterung: Meine Wohnung liegt Schützenstraße 11 im Keller, sie besteht aus Küche und Stube. **Beide angenehm naß, und zwar so, daß kein Putz an den Wänden hält und die Möbel verfaulen, ja sogar die Kleider im Schrank verstockt sind.**

Als bereits vier Jahre verflossen waren und ich noch keine Nachricht vom Wohnungsamt hatte, bemühte ich mich nach dort, um zu erfahren, wie weit die Sache gediehen wäre. Natürlich bekam ich zur Antwort: „Ihre Nummer ist noch nicht dran." Ich machte nun ein Gesuch an die Baupolizei, um die Wohnung besichtigen zu lassen. Dem wurde auch stattgegeben, und ein Beamter kam, maß die Räume aus, besah sich die Wände und meinte:

„Na, die Räume sind zwar naß, aber so schlimm ist es noch nicht."

Hierauf sagte ich ihm, er möchte bitte doch die Möbel einmal besehen, worauf ich zur Antwort bekam: **„Wir besichtigen nur Räume!"**

Die schriftliche Nachricht der Baupolizei, welche mir zuging, besagte dasselbe, was mir der Beamte in meiner Wohnung schon gesagt hatte. Meine Annahme ist und bleibt, daß, wenn in einer Wohnung das Holz der Möbel verfault und in den Schränken die Kleider verstocken, ein solcher Raum nicht mehr bewohnbar ist, was auch den Herren der Baupolizei einleuchtend sein muß.

Nach geraumer Zeit machte ich wieder eine Eingabe auf eine blaue Karte. Statt jeder Nachricht kam ein Herr und stellte sich als Beauftragter vom Gesundheitsamt vor. Gern war ich bereit, ihm meine Räume zu zeigen, denn eine neue Hoffnung ging in mir auf, bald aus dieser Höhle herauszukommen. Nachdem der Herr die Räume eingehend besichtigt hatte, sagte er mir,

daß diese Räume unbewohnbar seien und unbedingt geräumt werden müßten.

Auf meine Frage, wie lange es wohl noch dauern könnte, antwortete er mir: „Die Wohnung muß so bald als möglich geräumt werden."

Die Besichtigung fand Anfang März 1925 statt. Bis heute warte ich noch immer auf die mir versprochene baldige Räumung von seiten des Gesundheitsamtes. Seit dieser Zeit gehört der Weg zum Wohnungsamt zu meinen täglichen Gewohnheiten, natürlich immer mit Erfolg: „Ihre Nummer ist noch nicht dran", ohne Bezug auf den Befund des Herrn vom Gesundheitsamte zu nehmen.

Bis ich vor ungefähr vier Wochen den Bescheid bekam, mir eine Wohnung zu suchen, da meine Nummer jetzt an der Reihe sei. Ich habe Nr. 14 392; vergeben werden die Wohnungen jetzt bis 15 000. Ich hatte mir hierauf eine Wohnung ausgesucht von denen, die am Wohnungsamt angeschlagen sind. Ich sagte das dem Beamten vom Wohnungsamt, wozu er bemerkte, heute nachmittag sei Sitzung, da kann meine Sache gleich mit erledigt werden.

Die Sitzung fand am 15. Dezember statt, aber die Frage wird heute noch besprochen, also am 8. Januar 1926. Wir sind ja ein starkes Stück vom Wohnungsamt gewöhnt; an Ausreden und Vertröstungen so viel, daß man die Gerberstaale damit zudämmen könnte. Doch was ich heute auf meine Anfrage nach dem Erfolg der Sitzung vom 15. Dezember 1925 erfuhr, war mehr als gemein. Nämlich der hochwohllöbliche Herr Beamte, derselbe, der mir vor vier Wochen sagte: „Ihre Sache wird noch heute in der Sitzung erledigt", gab mir den Bescheid, **daß ein Ehepaar ohne Kinder überhaupt keine Wohnung bekäme und ich mir alle Wege nach dem Wohnungsamt sparen könnte.**

Also nach sieben Jahren wissen die Herren, daß man kinderlose Ehepaare in ihren Löchern oder auf der Straße verrecken läßt. Ob man mit allen Wohnungssuchenden in dieser Weise verfährt? Ich bestreite das, gern bin ich bereit, das Gegenteil zu beweisen. Nicht nur in einzelnen Fällen weiß ich, wo Leute, die Mitte 1925 geheiratet haben, kinderlos sind und im November 1925 bereits eine eigene drei Zimmerwohnung besitzen. Nun, vielleicht kann der Magistrat mir die Frage beantworten, wie es zugeht, daß kinderlose Ehepaare einerseits bereits nach einigen Monaten eigene Wohnung haben (keine Abstandswohnungen) und andererseits Leute sieben volle Jahre wie dumme Jungens behandelt werden!

Riesen-Erwerbslosenversammlung in Halle

Ueberwiegende Mehrheit für Kampfeinheit mit Gewerkschaften und Betriebstätigen

Am Mittwoch fand in Halle eine so **stark besuchte Erwerbslosenversammlung** statt, daß der große Saal und die Galerie des „Volksparl" überfüllt waren. Ist doch die Zahl nur der **unterstützten Erwerbslosen der Stadt Halle auf 3500 gestiegen** und die Zahl sämtlicher Erwerbslosen wohl auf mindestens das Doppelte!

Der als Referent vorgesehene Leiter des Verkehrsbundes Halle, Kollege Schaumburg, war trotz vorheriger Zusage nicht erschienen. Der Kollege Bothe erklärte, als dies von einem Diskussionsredner scharf gegeißelt wurde, daß Schaumburg telegraphisch zu einer Verhandlung nach Magdeburg berufen wäre, **während er vorher geglaubt hatte, nicht dorthin fahren zu müssen,** daß er auch versucht habe, den Vorsitzenden des Bezirkskartells, Wernicke, an seiner Stelle als Referenten zu gewinnen, daß aber auch dieser abwesend sei. Es ist jedoch festzustellen, daß, wenn die Gewerkschaftsinstanzen ein wirklich gutes Zusammenarbeiten mit den Erwerbslosen und ihre notwendige Interessenvertretung im Auge haben, **auf alle Fälle ein offizieller Vertreter des ADGB. hätte erscheinen können.** So wurde nur wieder einmal den regelmäßig in den Erwerbslosenversammlungen ihre alte Leier abwälzenden Mitgliedern der KAPD. ein weiteres Argument über Sabotage und Verrat der Gewerkschaften in die Hände gespielt.

Als Referentin sprang die Genossin Irmgard Rasch von der Redaktion des „Klassenkampf" ein, die kurz die Auswegslosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den planmäßigen Vorstoß der Unternehmer auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung (Rationalisierung) an Hand von Beispielen aus dem Rheinland, Sachsen und unserem Bezirk schilderte und daraus die **unbedingte Notwendigkeit einer gemeinsamen Front von Arbeitslosen und Betriebstätigen sowie den Gewerkschaften** als den berufenen Organisationen zur Interessenvertretung der gesamten Arbeiterschaft ableitete. Gerade die Not der Erwerbslosen und die Mobilisierung nicht nur um ausreichende Unterstützung, sondern auch gegen die Stillegungen selbst und **für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,** der Kampf gegen Ueberarbeit und Lohnabbau kann bei zielbewußter Tätigkeit zu der so heiß ersehnten einheitlichen Front der **Arbeiterklasse** führen. Genossin Rasch macht u. a. den Vorschlag, die Frauen der Erwerbslosen zu einer Versammlung zusammenzurufen, damit diese einen Ueberblick über die Krise und den notwendigen Kampf der Arbeiterklasse gewinnen und auch ihre Kräfte mit zur Verfügung stellen, um die Verhandlung mit den Betriebstätigen und deren Beeinflussung gegen Ueberstundenarbeit usw. zu erreichen.

An das Referat schloß sich eine **sehr eingehende und von mehreren Rednern der verschiedenen politischen Richtungen geführte Diskussion.** Die AAU. bzw. KAPD. hält ihre sämtlichen Redner aufmarschieren, die bei aller Kritik nicht einen praktischen Vorschlag zu machen wissen. Ihnen ist, wie stets, eigentümlich, daß sie aus teilweise richtigen Argumenten, zum Beispiel über die Krise des kapitalistischen Systems und über viele Sabotageakte der Gewerkschaftsinstanzen, nur immer den Schluß ziehen, überhaupt keine praktischen Maßnahmen zu ergreifen, so daß es wohl zu verstehen ist, daß gegen Schluß der Versammlung ein Redner den Vorschlag machte, in zukünftigen Versammlungen die ständig sich wiederholenden KAPD.-Redner gar nicht mehr zu Worte kommen zu lassen.

Aber auch nach der anderen Seite betätigte sich unsere so oft wiederholte und auch bewiesene Behauptung, daß **die Bevölkerung irgendwelcher praktischer Maßnahmen von politischen Fragen gar nicht getrennt** und eine „Neutralität" gar nicht bewahrt werden kann. Nachdem ein alter, in der SPD. organisierter Genosse Ausführungen gemacht hatte, die parallel liefen mit dem Referat, fühlten sich andere SPD.-Mitglieder bemüßigt, die offizielle Haltung ihrer Instanzen in der Frage des Dawes-Planes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes herauszustreichen. Wenn auch an letzterem verschiedene Mängel konstatiert wurden, so mußten diese Redner sich doch im Schlußwort von der Genossin Rasch sagen lassen, daß sie sich in einem grundlegenden Irrtum befänden, daß sie sich in einem grundlegenden Irrtum und in der Weise auch Widerspruch zu ihren eigenen Ausführungen befänden. Denn mit dem von dem Kollegen Seiler vertretenen Standpunkt, daß unbedingt jeder Arbeiter das Recht auf Arbeit und das Reich für die notwendige Unterstützung zorgen müsse, wenn die Arbeiter auf die Straße geworfen werden, ist unvereinbar der grundsätzliche Anerkennung der Arbeitslosenversicherung. Es ist vielmehr der Kampf organisiert werden eben für die restlose Sicherung durch den Staat, der durch seine Absichten der **Fürstenabfindung,** seine **Haushaltspläne und Steuererleichterung für die Besitzenden täglich beweist, daß noch dieser Richtung hin noch immer Mittel** genügend vorhanden sind. Ebenso begründete Genossin Rasch in ihrem Schlußwort eingehend, daß **die heutige Wirtschaftskrise grundlegend von denen der Vorkriegszeit unterscheidet** und deshalb um so mehr **die Arbeiterschaft ohne jede Rücksicht auf die Kapitalistenklasse ihre eigenen Interessen zu vertreten hat.**

In der Diskussion wurden ergänzende Ausführungen gemacht von dem Genossen Freund, der über die Verhandlungen im Stadtparlament, die geringen Bewilligungen für Notstandsarbeiten sowie die Notlage der Sozialrentner berichtete; von der Genossin Lehmann, die einen neuen Beschluß des Ministeriums anführte, daß **für die Bautätigkeit keine Mittel zur Verfügung stellt werden könnten (!)** und die den KAPD.-Rednern einige treffende Wahrheiten sagte. Mehrere andere Redner setzten sich besonders mit der Rußlandhetze der KAPD.-Redner auseinander und bis auf diese war **die große Versammlung einmütig in der Auffassung, daß nur in engster Verbindung mit den betriebstätigen Kollegen und den Gewerkschaften erfolgreich gearbeitet werden kann** und daß ständig eine Agitation für den Gewerkschaftsgedanken durchgeführt werden muß. Ein Arbeiter schilderte treffend **unerhörten Provokationen, die sich die Erwerbslosen gefallen lassen müssen,** so zum Beispiel, wenn sie an die Wohlfahrtsämter verwiesen werden, wo sie nur Unterstützung erhalten, wenn sie so oder so viele Papiere vorweisen, noch nicht länger als sechs Wochen arbeitslos sind, und die dann auch noch, nach einem verabschiedeten Gesetz, sich einer Hausfrage aussetzen können. Dem Betreffenden wurde, als er sich auf dem Fürsorgeamt meldete, ausgerechnet in der heutigen Zeit der täglichen Stillegungen erklärt: „Sie sind **ja jung und stark; wenn Sie wollten, könnten Sie schon Arbeit finden."**

In der Linie der Provokationen der Erwerbslosen durch die bürgerliche Gesellschaft liegt übrigens auch, daß bei der Erwerbslosenversammlung im „Volkspark" die Kriminalpolizei nicht fehlte und **berittene Schupo** in der Giebichenstein er Straße postiert waren. Die Erwerbslosen haben jedoch wiederum bewiesen, daß sie sich nicht provozieren lassen, sondern klar und zielbewußt ihren Weg gehen.

Zum Schluß der Versammlung gab Genosse Baumann, Versammlungsleiter bekannt, daß **der Erwerbslosenausschuß von dem ADGB.-Kartell anerkannt** worden ist und bei allen wichtigen Beratungen zu den Sitzungen hinzugezogen werden soll. Der Erwerbslosenausschuß wurde durch weitere Mitglieder ergänzt, so daß jetzt **sämtliche Gewerkschaften in dem Ausschuß vertreten** sind.

Es lagen neue **Anträge** vor, so dahingehend, daß man an die SPD. und KPD.-Fraktion herantreten wolle, damit diese gemeinsam Lebensmittelhilfe für die Erwerbslosen beantragen. Die Anträge wurden dem Ausschuß zur Verarbeitung und einem Antrag überwiesen. Kollege Bothe machte darauf aufmerksam, daß das Ministerium des Innern beschlossen hat, jenigen, die nur vorübergehend aussetzen, in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zu unterstützen, wenn sie nicht länger als zwei Wochen aussetzen und bereits Kurzarbeiter waren.

Erst gegen 2 Uhr wurde die sehr lebhafte Versammlung geschlossen.

„Wo bleibt die Würde?"

So fragt entsetzt die „Hallesche Zeitung" und regt sich in einem langen Artikel darüber auf, daß „das Preußische — frühere Königlich Preußische — Hauptgestüt Altefeld drei seiner besten Pferde für den Großen Preis von Italien" meldet. Es sei ja sehr schön, heißt es dabei, daß man 500 000 Lire dabei gewinnen könne, aber: „Von Rechts wegen dürfte mit diesen Treuehrenzeichen überhaupt nicht verfahrt werden, soweit nicht staatliche Notwendigkeiten vorliegen." Hu hu, nicht einmal die Tatsache, daß der duce Mussolini Italien regiert, kann das verbohrte Nationalistengesindel zum Schweigen bringen, ganz abgesehen davon, daß sie sich nicht etwa über den Pferdesport selbst aufregen, für dessen Durchführung in Preußen bekanntlich das Vielfache von dem ausgegeben wird, was die würdevolle Koalitionsregierung für Tuberkulosefürsorge übrig hat.

Wenn sie aber auf der „Halleschen Zeitung" mal wieder ein schönes Kapitel von Würdelosigkeit fabrizieren wollen, so werden sie gebeten, ihren Blick gen Doorn in Holland zu wenden, wo der holzhackende Landesvater Willem sich eben von einer französischen Filmgesellschaft in allen Lebenslagen filmtoppen ließ. „Wo bleibt die Würde", wenn des Deutschnationalen oberste Stammtischerinnerung sich vom französischen Erbfeind filmen läßt? Drei Rassepferde = 500 000 Lire. Ein abgedankter Kaiser = wieviel Frauen? Vielleicht lernen die schwarzweißroten Hosenmätze, die mit „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" aufmachten, einmal diese schöne Rechenaufgabe. Oder liegen hier vielleicht „staatliche Notwendigkeiten" vor?

Wie der Staatsanwalt rote Frontkämpfer zu erziehen gedenkt

Anläßlich eines Umzuges der roten Frontkämpfer am 20. September v. J. kam es auf der Seebener Straße zu einem kleinen Zwischenfall, der als Nachspiel die Verurteilung eines Frontkämpfers durch das erweiterte Schöffengericht mit sich brachte.

Angelockt durch die Musikdarbietung des Umzuges trat der auf der Seebener Straße wohnhafte **Betriebsingenieur Schade der Firma Wegelin & Hübner** mit seinem Sohn und einem Dienstmädchen auf die Straße, um den Zug an sich vorbeimarschieren zu lassen. Der genannte Herr steht bei den Arbeitern des Wegelinschen Betriebes gerade nicht im besten Ruf, und so ist es erklärlich, daß einige im Zuge marschierende Arbeiter sich durch Zurufe bemerklich machten. Unter anderen sollen die Worte gefallen sein: „Seht ihn Euch an, damit Ihr ihn später wieder erkennt!" Natürlich blieb der Herr Betriebsingenieur kraft seines Amtes als Fronvogt die Antwort hierauf nicht schuldig. Er gab vor Gericht an, nichts weiter gesagt zu haben als: „Gehen Sie doch weiter und belästigen Sie mich nicht!" Diese Worte sollen genügt haben, um einige rote Frontkämpfer zu einem tätlichen Angriff auf Herrn Schade zu verleiten. Schade konnte nur einen der Angreifer in der Person des Arbeiters Schneider namhaft machen und zur Anzeige bringen. Fest steht auch, daß Schade selbst nicht angegriffen ist und nur **sein Sohn, der Student ist und den Angeklagten Schneider von hinten angriff,** angeblich um diesen zu hindern, seinen Vater anzugreifen, einen Schlag mit einem Stock erhielt. Die Zeugen Schade sowie auch das dort beschäftigte Dienstmädchen mußten selbst zugeben, daß Schneider nicht derjenige gewesen ist, der den Schlag ausführte. Wollte man den Belastungszeugen glauben, dann hätten hiernach die beiden Zeugen Schade während dieses ganzen Vorfalles auch nicht ein Wort gesagt. Wir kennen natürlich die provokatorischen Eigenschaften dieser Herrschaften zur Genüge. Es konnte ja auch weiter festgestellt werden, daß ein Frontkämpfer den ganzen Streit durch einige Worte schlichtete. Erwähnt muß noch werden, daß das bei Schade bedienstete Mädchen sich bei seinen Aussagen sehr merkwürdig verhielt. Sie hatte wohl alles gehört, was den Angeklagten belasten konnte, sonst aber konnte sie sich an nichts mehr erinnern.

Der durch solche Prozesse bereits zur Genüge bekannte Staatsanwalt Parey schien es sehr zu bedauern, daß die Anklage auf Körperverletzung fallen gelassen werden mußte und beantragte den Angeklagten wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu verurteilen. Er selbst durchblicken, daß in der Regel für solche leichten Delikte auf eine Geldstrafe erkannt würde, aber in diesem Falle hier eben um einen Arbeiter, und da muß das Strafthermometer künstlich in die Höhe getrieben werden. Der Herr Staatsanwalt zeigte sich aber auch „gnädig" und empfahl selbst, die Strafe Zahlung einer angemessenen Geldbuße auszusetzen. Man hat dadurch „erzieherisch" auf den Angeklagten zu wirken und jederzeit Gelegenheit, ihn immer noch in das Gefängnis zu bringen. So sieht es aus, das Gesicht der herrschenden Klasse, wie George Grosz mit wenigen Strichen so gut zu zeichnen verstand.

Das Urteil lautete denn auch tatsächlich auf fünf Wochen Gefängnis. Die Strafe soll bei Zahlung einer Geldbuße von 50 M. für die Dauer von drei Jahren ausgesetzt werden. Gleichzeitig wurde dem Herrn Betriebsingenieur das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten einmal im „Klassenkampf" zu veröffentlichen. Schade, wenn diese Veröffentlichung ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft verfehlen würde — — —

Polizeiattacken gegen Speisewirtschaften und Eisdielen

Eine Anklage, die sich gegen den Eisdielenbesitzer Hannemann in der Großen Ulrichstraße richtete, muß als schikanös bezeichnet werden. Weil der Angeklagte während der üblichen Geschäftszeit in seinem Betriebe neben Würstchen, Eis, belegten Brötchen auch Tabakwaren, Schokolade, Keks und ähnliches feilhält, will die Polizeibehörde an, daß es sich nicht mehr um den Betrieb einer Speisewirtschaft handeln könne. Sie verlangt von dem Besitzer einfach Schließung des Lokales an Sonn- und Festtagen überhaupt und wochentags abends um 7 Uhr. Es ist ihr ziemlich gleichgültig, daß der Angeklagte das Geschäft erst in den späten Nachmittagsstunden öffnet und abends nach 7 Uhr die letztbezeichneten Waren überhaupt nicht verkauft. Ihr genügt die Möglichkeit des Verkaufs vollkommen, um die Anzeige auf Schließung des Betriebes wie bei direkten Ladengeschäften zu begründen. Auch in diesem Falle schloß sich der zukünftige Herr Amtsanwalt der Auffassung der Polizeibehörde an. Das Gericht war aber doch einer anderen Auffassung und sprach den Angeklagten frei, da es tatsächlich um eine Speisewirtschaft handelt, für die auf Geschäftsschluß die Polizeistunde Anwendung findet. Auch hinter dem Ansuchen steckt der Versuch, Polizei und Gericht als Mittel zum Zweck zu benutzen. Die Kosten trägt wiederum die Allgemeinheit, scheinbar immer noch nicht genügend zu tragen hat.

Eine ähnliche Anklage richtete sich gegen die Besitzerin der Eisdiele in der Kanzleigasse, die Fischendbier verkauft haben soll, ohne hierfür Konzession gehabt zu haben. Obwohl der Angeklagten diese Uebertretung nicht positiv nachgewiesen werden konnte, wurde sie sowie ein Mitangeklagter zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

In letzter Zeit mehren sich die Klagen der **Kleinen Gewerbetreibenden** über Polizeischikane recht auffällig. Wir bedenken, daß Deutschland immerhin ein Land der „Ruhe und Ordnung" ist, daß dem es keine Fememörder, keine völkischen Verbrechervereinigungen, Stahlhelmkommandos, keine organisierten Ueberfälle nationalistischer Straufritter gibt, der wird sich weniger darüber wundern, daß sich die Polizei in Ermangelung wirklicher Kriminalfälle anderweitige Beschäftigung sucht. Sie findet diese hinreichend in der Schikanierung der Kommunistischen Partei und anderer Kampforganisationen und der kleinen Gewerbetreibenden. Es muß daraus notgedrungen seine Lehren ziehen.

• Internationaler Bund der Opfer der Arbeit und des Krieges. Heute abend findet unsere Generalversammlung im „Volkspark" statt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, unbedingt um 8 Uhr zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0006

Ammendorfer Gemeindevertretung für Erwerbslosenforderungen, gegen Kirchenabfindung

Kommunistische Anträge angenommen

Am 8. Januar fand in der „Brothanschenke" eine Gemeindevertretersitzung statt. Der Gemeindevorsteher hat bekannt, daß auf eine Beschwerde wegen Verteilung der Hausmüllgebühren des Kreis mitteilt, daß Ammendorf im Jahre 1926 besser berücksichtigt werden wird. Ein Antrag Hilfsbedürftiger ist eingegangen, für den die Dringlichkeit beantragt wird. Diese wird einstimmig beschlossen.

Zum Zentral-Schulbau hat ein Wettbewerb stattgefunden. Das Preisgericht beschloß einstimmig, von der Erteilung des 1. Preises zu verzichten und die Gesamtsumme von 10 000 Mk. wie folgt zu verteilen: Einen 2. Preis zu 4000 Mk., drei 3. Preise zu je 2000 Mk. Das Preisgericht sprach den 2. Preis dem Entwurf Nr. 66, Kennwort: „Im unbewußten Raum", zu. Je ein 3. Preis wurde zuerkannt den Entwürfen Nr. 55, Kennwort „Schulbau", Nr. 67, Kennwort „Erzählung", Nr. 92, Kennwort „Eine Gruppe". Die Bau- und Finanzkommission schlägt drei Entwürfe zur engeren Ausführung vor, und zwar: Nr. 67, Kennwort „Erziehung", Nr. 85, Kennwort „Im unbewußten Raum", Nr. 79, Kennwort „1 + 1 = 2". Diese drei sollen ersucht werden, kostenlos je einen Entwurf baureif einzureichen, wovon dann einer angekauft und ausgeführt wird. Die drei Entwürfe sind noch einmal im Sitzungssaal aufgestellt und werden durch Vortrag des Herrn Joly von der Gemeindevertretung einer nochmaligen Prüfung unterzogen. Der Gemeindevorsteher schlägt vor, heute noch keine Beschlußfassung vorzunehmen, um erst noch weitere notwendige Unterlagen zu schaffen.

Der Schulneubau macht sich notwendig, da die Gemeinde Ammendorf mit ihren vielen Bureaus zur Miete wohnt und diese Räume im geringsten den jetzigen und späteren Verhältnissen genügt. Die jetzige Ammendorfer Schule ist dann als Verwaltungsgebäude vorgesehen. Die bürgerlichen Vertreter wollen von der Ausführung des Projektes nichts wissen. KPD. und SPD. sprechen dem entgegen und treten für Ausführung ein mit dem Hinweis, daß an eine nochmalige Gesamtausführung nicht zu denken ist, aber nach und nach wird es möglich sein. Dem Vorschlage des Gemeindevorstehers wird zugestimmt.

Zu Punkt 3, dem Erwerb eines Separationsweges Ammendorf—Radewell, sowie einer Straßenparzelle, Grundstück Müller, Burgstraße, wird nach dem Vorschlage der Kommission zugestimmt.

Beim Gemeindewohlfahrtsamt soll eine Fürsorgerin angestellt werden, im Interesse der weiblichen Hilfesuchenden. Die Stelle soll den in Frage kommenden Zeitungen, einschließlich „Sanitätswarte" ausgeschrieben werden. Ein Antrag auf Beteiligung an der russischen Langemende-Bank wird abgelehnt.

Der Antrag, betr. sofortige Ausführung des Saalebaues, wird einer Entschließung an die zuständigen Behörden einstimmig angenommen.

*

Die KPD. hat folgende Anträge eingereicht:

Die Gemeindevertretung wolle beschließen, die Reichsregierung und den Reichstag zu ersuchen,

a) die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent;

b) Wiedereinführung der Kurzarbeiter-Unterstützung in Höhe des Tariflohnes.

c) Beseitigung der Karenzzeit und Wegfall der Bedürftigkeitsklausel.

Begründen und ausführen.

Genosse Pilger begründet diese Anträge und weist besonders darauf hin, daß durch die Arbeitslosigkeit auch das Sein oder Nichtsein der Krankenkasse in Frage gestellt ist. Es ist auch eine große Ungerechtigkeit, daß man besonders jungen Leuten, welche bei den Eltern wohnen, keine Unterstützung zuteil werden läßt, obgleich sie aber verpflichtet sind, auf der anderen Seite Erwerbslosenabgabe zu zahlen. Er weist dabei besonders auf den Dawes-Pakt, den Locarno-Vertrag und die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei hin. **Fürsten und Kirche werden Millionen zuwenden, für die Hungernden Familien ist kein Geld vorhanden.** Der Ordnungsblock will es nicht einleuchten, daß diese Anträge der Gemeindevertretung etwas angehen. **Die SPD. ist mit der KPD. einverstanden, daß die Regierung veranlaßt werden muß, die Sätze um 100 Prozent zu erhöhen.** Es wird auf die ungeheuren Härten der Kurzarbeiter und die Karenzzeit hingewiesen. Trotzdem die Gewerkschaft keine Erwerbslosenbeiträge zahlt, erhält sie Gelder aus der Erwerbslosenversicherung. **Die Anträge wurden gegen den einen Ordnungsblock mit KPD. und SPD. angenommen.**

Der Antrag der Hilfsbedürftigen verlangt Unterstützung verneinender Art. Der Gemeindevorsteher erklärt, daß er auf Grund der gesetzlichen Vorschriften den Anträgen so, wie sie gestellt sind, beitreten kann. Genosse Otto stellt den Antrag, **einen Vertreter des Erwerbslosenrates** zum Antrage sprechen zu lassen. **Die Sozialdemokraten der Stimme enthalten (!),** wird der Antrag der Gemeindevorsteher den Ausschlag gibt, mit 12 Stimmen der KPD. und 12 Stimmen des Ordnungsblocks **abgelehnt.** Genosse Wollmann spricht zum Antrag der Hilfsbedürftigen. Beschäftigt sich insbesondere mit der SPD.-Fraktion und ihrem Vertreter Grützner. Er rechnet schwer ab mit dem Ordnungsblock, insbesondere mit dem Pastinspektor Wensch, welcher in deutschnationale Wahlversammlungen abhält, aber nicht „politisch" sein will. Er fordert, daß auch sofort an allen zuständigen Stellen den Erwerbslosen bekanntgemacht wird, Anträge zu stellen auf Befreiung von der Hausgrundsteuer, auf Verteilung von Brot und Fett, Kohle, Kartoffeln, Schuhreparaturen usw. Genosse Wollmann macht die Vertreter des Ordnungsblockes mit verantwortlich für das Los der Erwerbslosen. Genosse Kichöjel verlangt Ausbesserung von Wegen und Straßen durch Arbeitslose. Er zeigt **verschiedene Wege, wie sonstetten der Gemeinde geholfen werden kann.** Einstimmig wird angenommen, daß am Freitag die Finanzkommission dazu zusammentritt.

*

Vermögensrechtliche Auseinandersetzungen zwischen der Kirchengemeinde und der politischen Gemeinde beschäftigt die Gemeinde schon lange. Es handelt sich um Ammendorf-Beesen und Radewell-Osendorf. Bei diesem Punkte gerieten die Bürgerlichen recht in Wolle, da Genosse Körnig das Gebaren der Kirche kennzeichnete. Von der KPD. wurde folgender Antrag eingebracht und zur Annahme empfohlen:

Die Gemeindevertretung wolle beschließen:

Die Ansprüche der Kirchengemeinden Ammendorf-Beesen und Radewell-Osendorf an die politische Gemeinde Ammendorf (Schulverband) werden zurückgewiesen. Bei den geforderten Vermögenswerten handelt es sich lediglich um solche, die für Zwecke des Schulunterrichts zur Verfügung gestellt wurden, die also in dem Augenblick an die politische Gemeinde übergeben werden mußten, als die Kirchengemeinden keinerlei Aufwendungen mehr für Zwecke des öffentlichen Unterrichts machten. Aus diesem Tatbestand geht hervor, daß die Kirchengemeinden die Nutznießung der Grundstücke viel zu lange Zeit besessen haben. Denn sie zogen daraus erhebliche geldliche Vorteile, ohne Gegenverpflichtungen zu besitzen, währenddem die Kosten der Unterhaltung der Schulen in ihrer Gesamtheit von Staat und Gemeinden getragen werden. Die Kirchengemeinden haben auch aus dem Grunde jedes Recht auf Nutznießung der in Frage stehenden Grundstücke verwirkt, weil sie jetzt für die Zwecke der Pfarrerbesoldung erhebliche Zuschüsse aus Staatsmitteln beziehen. Die Gemeindevertretung lehnt deshalb die Forderungen der Kirchengemeinden rundweg ab.

Auch die SPD. geht eingehend auf die Schliche der Kirche ein, insbesondere auf ihren gut verdienenden Magen. **Der Antrag wird mit den Stimmen der KPD. und SPD. angenommen.** Der Ordnungsblock ist dagegen. Weiter wird beschlossen, die Angelegenheit im Verwaltungsstreit-Verfahren weiterzutreiben.

Heraus für die Fürstenenteignung!

Ammendorf

Auf dem Platze vor dem „Deutschen Hause" demonstriert das Ammendorfer Proletariat am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 11 Uhr, für den Volksentscheid auf Fürstenenteignung. Als Redner ist vorgesehen der Landtagsabgeordnete Lademann. Auch in Ammendorf beteiligen sich alle Arbeiterorganisationen. Sammeln 10 Uhr am Dreierhause.

Könnern

Im „Bürgergarten" findet um 10 Uhr vormittags am kommenden Sonntag die Demonstrationsveranstaltung gegen das Fürstenpack statt. Mit Ausnahme der SPD. beteiligen sich alle proletarischen Organisationen. Genosse Otto Härtel, Halle, erscheint als Referent.

Zörbetzen

Hier findet die Kundgebung gegen das fürstliche Räuberpack am Sonnabend, dem 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze statt. Der Landtagsabgeordnete Max Lademann wird das Referat halten.

*

An unsere Berichterstatter!

Morgen, Sonntag, finden in einer Reihe von Orten unseres Bezirks Demonstrationskundgebungen gegen die Fürstenabfindung statt. Wir ersuchen deshalb unsere Berichterstatter in diesen Orten, uns über Teilnahme und Verlauf der Versammlungen bündig mitzuteilen sofort zu benachrichtigen. Spätestens Montag früh muß per Eilbrief oder Eilboten ein kurzer Bericht bei uns eingeliefert sein.

Die Redaktion.

Hallische Tageschronik

Dramatischer Selbstmordversuch

Am 7. Januar gegen 3 Uhr nachmittags versuchte ein Mann in der Wohnung seiner Geliebten sich durch Aufschneiden der Pulsader das Leben zu nehmen. Ein Polizeibeamter, welcher von der Frau zum Schutz herbeigerufen war, hinderte den Mann an der Fortsetzung des Selbstmordversuches, indem er ihm das Taschenmesser entriß. Der Mann wurde alsdann nach Anlegung eines Notverbandes der Polizeiwache zugeführt, von wo er durch seine Ehefrau abgeholt wurde. In der Nacht wurde er nochmals auf Ersuchen seiner Ehefrau in Schutzhaft genommen, weil er wiederum versuchte, sich das Leben zu nehmen. Da er einen Tobsuchtsanfall erlitt, mußte er mittels Krankenwagens der Nervenklinik zugeführt werden.

Ausstellung über Gesundheitspflege

Am Sonntag, dem 10. Januar 1926, vormittags 11 Uhr, findet in der Ausstellung Gesundheitspflege — Aula der Talamtschule — eine öffentliche Führung durch Herrn Professor Dr. Japha statt. Die Eintrittspreise werden nicht erhöht.

* **Kommunistische Metallarbeiter!** Wichtige Sitzung am Sonnabend, dem 9. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Fraktionsvorstand 7 Uhr. Unbedingtes Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

* **Achtung, Bauarbeiterlehrlinge! Am Dienstag, dem 12. Januar,** abends pünktlich ½8 Uhr, findet im „Volkspark" unsere Lehrlingsversammlung statt. Alle Lehrlinge werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, damit wir pünktlich aufhören können. Der Vorstand.

* **Volkspark.** Morgen, Sonntag, findet im großen Saal ein Vereins-Ball statt. In den unteren gut geheizten Räumen ist ein großes Frei-Konzert. Den Vereinen und Schlittschuhläufern zur Kenntnis, daß Bestellungen auf großen und kleinen Saal für Veranstaltungen im Bureau entgegengenommen werden.

* **Proletarische Tribüne.** Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, treffen sich alle Musikspieler im „Volkspark". Genossinnen und Genossen mit Instrumenten können sich noch der Musikabteilung anschließen. Mittwoch regelmäßig Uebungsstunde der Bühne.

Ammendorf

Achtung, Bauarbeiter! Die Mitgliederversammlung im „Elsterstal" findet wegen der Demonstration morgen früh pünktlich 9 Uhr statt. Verband der ausgesch. Bauarbeiter.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Morgen, Sonnabend, 8 Uhr in der Jugendherberge Musikübungsstunde.

Sonntag, vormittags ½11 Uhr, Treffen auf dem Hallmarkt zur Besichtigung des Provinzial-Museums. Eintritt frei. Nämlich pünktlich ½11 Uhr. Abends 7 Uhr in der Jugendherberge Schattenspiele.

Montag Arbeitsabend für Jahrerschaftsführer. Jeder Jahrerschaftsführer muß unbedingt erscheinen.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe (Handball)

Verbindliche Mitteilung

Montag, den 11. Januar, ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Bezirks-Spielausschußsitzung statt. Zu erscheinen hat der Spielausschuß der 1. Gruppe. Ferner sind geladen ½8 Uhr von Frisch auf, Wettleben, die Sportgenossen Haberland, Seipt, Wm. Von Astonia der Sportgenosse Rößler, ½9 Uhr der Vereinsvertreter von Diemitz, 9 Uhr der Vereinsvertreter von ASC. nebst Spielführer der 1. Handballmannschaft der Sportlerinnen.

Von sämtlichen Spielführern die Sportgenossen Friedrich, Pieser, Hotientrott.

Ferner wird der Sportgenosse F. Franke, ASC., erlaubt, zu erscheinen.

Fritz Bauf. H. Maschak.

Kraft- und Athletikclub Atlas, Halle. Sonntag, den 10. Januar, findet im Vereinslokal „Trompetenschlößchen" (Karl Müller) unser Jahresgeneralversammlung statt. Das Nichterscheinen kann Ausschluß zur Folge haben. **Der Vorstand.**

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Das Spiel der 1. Mannschaft fällt aus, die 2. spielt um 2 Uhr in Kröllwitz. Abmarsch ½12 Uhr Endstation der Linie 1. Die Kader 1 Uhr am Wasserturm.

Mitteilungen des Bezirksvorstandes

Für Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, werden der Jugendleiter von Viktoria und Spielführer im Spiel gegen Görbig Jugend gebeten. **J. A.: H. Hertich.**

Fußballklub Fortuna, Dölau. Sonntag, den 10. Januar, findet das nächste Kreisvorrundenspiel in Braunschweig statt. Fortuna spielt in aller Aufstellung. Abfahrt von Halle 6.38 Uhr. Die 2. Elf spielt in aller Aufstellung gegen Radewell 2., Abfahrt Heidebahnhof 11.57 Uhr.

SpVg. Viktoria 08. Spiele zum Sonntag, dem 10. Januar. Die 2. Mannschaft spielt in Bruckdorf um 2 Uhr. Treffpunkt ½1 Uhr Mühlstraße mit Dentmann, Schaffer, Marx, Baufeld, Schubert, Jähne, Portius, Pöge, Adelat, Meyer, Kilian. Die 3. Mannschaft spielt um 2 Uhr in Wormlitz gegen Wormlitz 4. Treffpunkt ½1 Uhr Mühlstraße mit Beitz 2, Mörig, Aleithe, Brandenberger, Müller, Beitz 1, Pätz, Renner, Hendel, Blank, Lanatauin. Treffpunkt ½11 Uhr bei Weinrich, Schiedsrichter: Wormlitz Jugend — Spielleitung Wormlitz Jugend ist Sportgenosse Kaiser um 1 Uhr in Wormlitz. Sportgenosse Schmidtke um 2 Uhr Wormlitz 1. — Union Weißenfels 1. in Wormlitz. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 9. Januar, statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Anträge, welche in dieser Versammlung verhandelt werden sollen, sind bis zum Beginn derselben beim 1. Vorsitzenden abzugeben.

Sportbrüder, Halle. Sonntag, den 10. Januar, spielt unsere 1. Elf — Fichte Ammendorf 1. in Ammendorf um 1 Uhr. Die Mannschaft spielt in aller Aufstellung und trifft sich um 12 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn (Riebedplatz). Gleichzeitig verweisen wir nochmals auf die am Freitag, dem 8. Januar, im Vereinshein Hotel „Stadt Dresden" stattfindende Versammlung.

Turn- und Sportvereinigung Wormlitz-Büßberg. Am Sonntag ist wieder reger Spielbetrieb auf dem Sportplatz in Wormlitz. Um 11 Uhr spielt die 2. Handballmannschaft des Sportvereins gegen Frisch auf Nietleben. Nachdem spielt die 2. ebenfalls gegen Nietleben. Um 1 Uhr spielen Wormlitz Schüler — Nietleben Schüler. Die Fußballabteilung hat Union Weißenfels zu Gast und spielt um ½3 Uhr mit folgender Mannschaft: Hennig, Koppleder, Wiesner, Vogel, Büdel, Wiener, Keller 1, Kaumann, Koch, Wieth, Deine. Jugend spielt um 1 Uhr gegen Weißenfels Union wie folgt: Kolb, Korn, Kalbe 3, Erling, Gebhardt, Brendel 2, Meikert, Wiesner, Wiegand, Schmidt, Schrabe. Nachmittags darauf hingewiesen sei auf die am Sonnabend um 8 Uhr stattfindende Generalversammlung.

Sportklub Adler von 1895, Blr. (Handball). Am Sonntag, dem 10. Januar, spielt Adler 1. — Dölau 1. um 10 Uhr in Nietleben, Gartenstadt. Die Schüler spielen um 11 Uhr gegen Dölau Schüler auf demselben Platze. Mannschaftsaufstellungen für beide Mannschaften am Donnerstag, dem Treffpunkt Sonnabend in der Liebungsstunde. Wer unentschuldigt fehlt, wird nicht aufgestellt.

Sportvereinigung Achilles von 1896. Sonntag, den 10. Januar, findet unsere diesjährige Hauptversammlung im Vereinslokal Reichsche Restaurant, Mansfelder Straße, statt. Anfang der Sitzung 2 Uhr nachmittags. Sämtliche Mitglieder (auch Damen) haben zu erscheinen.

Germania-Spielvereinigung. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal Generalversammlung. Nachmittags 2 Uhr Ausschuß- und Vorstandssitzung. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. W.: Willi. Bainck Halle, Verlagsleiter. 14.

Die Geschichte von den sieben Gehängten

(Arbeiter-Rundfunk)

Im Arbeiter-Radioklub wird uns geschrieben:

Der Arbeiter-Rundfunk macht in Mitteldeutschland glänzende Fortschritte. Bekanntlich ist ein Sonderabend jeder Woche des mitteldeutschen Senders Leipzig-Dresden ausschließlich für den Arbeiter-Rundfunk bestimmt. Der gestrige Abend war weit über den Kreis der Arbeiterhörer hinaus ein ungetrübter Genuß. Der allen wohlbekannte Alfred Beierle sprach im Mitteldeutschen Rundfunk „Die Geschichte von den sieben Gehenkten" von Leonid Andrejew. Es war ein eigenartiges Zusammentreffen, daß im Sendesaal gestern eine sonst unbekannte Stille herrschte, die das Publikum in ehrlichster Empfangsgerät prächtiges Mithören erlaubte. Das Gebiet Pfeifen unsachgemäß behandelter Rückkoppler, die meistens Kurzsichtigkeit und kenntnislosen Angehörigen der Besitzer großen Schaden zufügen, wird dadurch vermieden, um durch deren störende Tätigkeit den Kleinhörern das Leben schwer zu machen, ist dadurch bei gestern fast vollkommen.

Von Mansardenstübchen der Großstadt bis ins kleinste Dörfchen lauschten daher gestern die Hörer in atemloser Stille dem ergreifenden Vortrag Alfred Beierles, der das Schicksal der Menschen verhandlung und die Stunden bis zum letzten Gange der zaristischen Richter zum Tode durch den Strang Verurteilten Sieben. Der mitteldeutsche Sender und der Arbeiter-Radioklub hat damit eine nachahmenswerte Handlung begangen.

Arbeiter-Radioklub ist weiterer Aufstieg zu wünschen. Meldungen sind zu richten an den Arbeiter-Radioklub, Bezirksgruppe Halle, Hartz 42/44.

Stadttheater

„Die verkaufte Braut", komische Oper von Smetana

Ein guter Griff ins alte Repertoire. Smetanas Werk ist heute noch frisch, daß man ihm das Menschenalter nicht im geringsten anmerkt. Eine lebendig dahinfließende Handlung, aus dem Leben gegriffen, mit wundervoller Musik übergossen.

Es ist eine wirklich komische Oper. Erinnert in manchem an das Stücke. Man kann wirklich Freude daran haben. Der Humor ist so echt, daß er unser Opern-Ensemble freudiger und beweglicher gestaltete, als es sonst zu sein pflegt. August Roeßler gab als Spielleiter und Heiratsvermittler zugleich das Tempo an, so lebhaft, daß er einmal die angekleidete Gutsmaske verlor. Kapellmeister Hans Roeßert wußte mit Sicherheit und Temperament die offenbar sehr liebevoll vorbereitete Aufführung, sowohl Bühne wie Orchester, zusammenzuhalten. Das letztere spielte prächtig. Insbesondere wirkte der dritte Akt im ersten Teil wie eine tragische Sinfonie auf die Dummheit. Man vergaß dabei fast die überschwellende Komik der Szene.

Die Solopartien waren ausgezeichnet besetzt. Hilde Voß (Marie) sang und spielte wie immer famos. Adolf Hallup (Hans) war sehr frisch bei Stimme und von naturburschenhafter Beweglichkeit. Von der langen Reihe komischer Figuren überstrahlt einer den anderen. Den Vogel schoß natürlich Walter Kathammer (Wenzel) ab, dessen grotesktunte Bemalung und stotternde Deklamationen, insbesondere der bärenmäßige Schluß, von überwältigendet Komik war. Im dritten Akt war vor allem ein wundervoll sauberes Quintett zu hören, das wie von einem italienischen Klassiker stammend anmutete. Das Komödianten-Zwischenspiel wirkte schlechthin als Meisterstück lebendigster Improvisation. Das Trio Herlt (Impresario) — Stempel (Primaballerina) —, Jungk (Indianer, gefährlich nur für Lachmuskeln) mußt man sehen, deren Leistung läßt sich nicht beschreiben.

—n.

Stadttheater. Als nächste Schauspielneuheit geht am Donnerstag, dem 14. Januar, Eulenberg „Belinde" unter Regie des Intendanten Dietrich in Szene.

„Arbeiter-Illustrierte Zeitung"

Die Bildzeitung der Arbeiterklasse bringt in ihrer Januar-Nummer, reich illustrativ und instruktiv im Text, lehrreiche und fesselnde Ausschnitte aus der gewaltigen revolutionären Bewegung, die den ganzen Erdball erfaßt hat. Das Titelbild zeigt einen an die Säule des Kapitalismus gefesselten, von einem Dollarknecht gepeitschten Neger, aber auch der schwarze Klassengenosse ist erwacht. Amerika hat eine revolutionäre Negerbewegung, hat Neger-Kongresse und -Organisationen. Darüber unterrichten weitere Bilder und ein interessanter Artikel des amerikanischen Genossen William Kruse. Ganz besonders Beifall findet die Serie von Führerporträts, die Repräsentatoren der verschiedenen Internationalen in ihrer Entwicklung zur kommunistischen Welt-Organisation. Dieses Blatt wird gewiß jeder Besitzer der AZ. aufheben. Die neueste Phase in den gewaltigen Auseinandersetzungen im Fernen Osten, in China und Japan, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen nationalen Freiheitskampfern und kapitalistischen Imperialismus, revolutionäre Demonstrationen in Uruguay, Bilder aus dem Befreiungskampf der Frau, von der Tätigkeit bis China, runden die von Photographen und Journalisten gezeichnete gewaltige Bewegung, die den Erdball umtobt, ab.

Preis: Mark —,20, erhältlich in der Zentral-Buchhandlung Lerchenfeldstraße 14, sowie bei allen Zeitungshändlern. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8.

* **Bildungsausschuß der Gewerkschaften.** Zu dem am Sonntag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, im Reform-Real-Gymnasium stattfindenden Lichtbildervortrag sind noch Karten zu 50 Pf. an der Kasse zu haben.

Theater und Konzerte

Modernes Theater. Wer ein guten Kabarett-Programm sehen will, gehe in das jetzige des Modernen Theaters. Elly Schulz und Willy Wacker tragen einzeln wirkungsvolle ernste und lustige Gedichte vor. Besonders die Geschichte eines Wienerliedes erzielte allgemeines Interesse und starken Beifall. Die 2 Gastonis bringen einen Eiertanztänzer, Variationen von der jetzt Modernen Tänze und einen sogenannten Wiener-Zimmer, der zeigen soll, wohin die Entwicklung dieser Tanzart führt. Die 5 Dollys bringen einen grotesken Musikakt, der starke Lachsalven hervorruft. Professor Artur Dolaros und seine Partnerin Bella Chitto bringen auch Gesellschaftstänze, grotesk abgewandelt. Die größte Wirkung erzielten sie mit einem Apachentanz, der sie nicht geschmackvoll und in Verkennung der hiesigen Verhältnisse, aber ohne böse Absicht, den Tanz aus dem Glacher Viertel nannten. Zum Schluß beschenkt sich Willy Wacker mit einem Stück „Die Sprabelies", in dem er ein so kreuzdämliches Gesicht macht, daß sich das Publikum verpflichtet fühlt, ihm mit Beifall zu überschütten. Sämtliche Künstler zeigen auch noch der Vorstellung mit Beifall aufgenommene Proben ihres Könnens. ml.

Volkshochschule. Am Montag jetzt das neue Trimester ein. Da einige Dozenten erst in der nächsten Woche beginnen, wird empfohlen, auf die im Arbeitsplan und in den Plakaten angegebenen Anfangsdaten der Vorlesungen besonders zu achten. (Siehe Inserat.)

Die anatomische und entwicklungsgeschichtliche Sammlung der Anatomie, Große Ulrichstraße 52, ist am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags von 10 bis 1 Uhr, dem allgemeinen Besuch geöffnet. Die Sammlungsdauer: kind bei kalter Witterung geheizt. Um 10 Uhr findet eine Führung mit Vorweisung besonderer Präparate statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0007

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleiterstatist: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 5 bis 6 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 6 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden des RFB. und des Jungsturms beteiligen sich am Sonntag, dem 10. Januar, an dem festgelegten Ausmarsch. Abmarsch der Bezirke wie folgt:

Bezirk 1 (Ulen) 9 Uhr vormittags Rathplatz
Bezirk 2 (Süden) 9 Uhr vormittags Johannisplatz
Bezirk 3 (Westen) 9 Uhr vormittags Kleingärten
Bezirk 4 (Norden) 9 Uhr vormittags Wettinerplatz
Bezirk 5 (Zentrum) 9 Uhr vormittags Paradeplatz
Specialtruppe nach der zum Spielmannszuge gemachten Aufteilung.
Kapelle 9 Uhr vom Paradeplatz.

Roteilung 20. Montag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Abteilungs-Pflichtversammlung.
Abteilung 16. Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Eulenberg", Reil-Straße, Abteilungs-Pflichtversammlung.

Jungsturm

Bezirk 4 (Nord). Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirksversammlung.
Bezirk 3 (Westen). Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Bezirksversammlung.

Untergau Saalkreis

Hohenthurm. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Lettersdorf Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarten sind mitzubringen.
Canern. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Wenkel Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.
Löbejün. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, im „Adler" Pflichtversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Merseburg

Lützen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Generalversammlung.
Querfurt. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, „Schützenhaus" in Thalbeck Generalversammlung. Alle erscheinen und Karten mitbringen. Referent Paul Koch, Merseburg.
Neumark. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Vorstandssitzung.
Neumark. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung. Vorstandswahl.

Untergau Schkeuditz

Radefeld. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Freitag.
Untergau Schkeuditz. Alle Ortsgruppen werden zur restlosen Beteiligung am **Sonnabend in Papitz aufgefordert.**
Papitz. Sonnabend, 9. Januar, im Gasthof Modelwitz Werbeabend mit Theateraufführung. Anfang 8 Uhr.
Schkeuditz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, alles unbedingt auf dem Sportplatz zum Werbemarsch für die IVH. antreten. Antreten Pflicht. Arbeitsuhr mitbringen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich an der Massenkundgebung gegen den Fürstenraub in Hettstedt.
Hettstedt. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen mit Spielmannszug an der Massenkundgebung. Antreten 1½ Uhr aller Bezirke und Spielmannszug im „Hohenzollernpark".
Hettstedt. Abmarsch nach Leimbach zur Demonstration am 10. Januar mit Spielmannszug pünktlich vormittags 7 Uhr. Sammelplatz Zentrale.
Klostermansfeld. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung im „Hohenzollern". Mitgliedsbücher mitbringen. Sämtliche Kameraden haben zu erscheinen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Oberröblingen. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, bei Henze, Unterröblingen, Generalversammlung. Merken abschnitt. Alles erscheinen.
Eisleben. Bezirk 2. Sonntag, 10. Januar, vorm. 10 Uhr, Bezirksversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung.
Eisleben. Bezirk 1 und 2. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Saale des „Hohenzollern". Alles erscheinen und Karten mitbringen.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Sonntag, nachmittag 3 Uhr außerordentliche Vollversammlung im „Herrenkrug". Erscheinen ist Pflicht.
Artern. Sonntag, 10. Januar, nachmittags ½10 Uhr, „Goethehaus" Pflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Untergau Bitterfeld

Ramsin. Sonnabend, 9. Januar, 7 Uhr, Gasthof Ramsin Werbeabend mit Fackelzug.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, Antreten zur Demonstration bei Freudenberg. Bundeskleidung. Spielleute mit Instrumenten.

Untergau Delitzsch

Pfaffstädt. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung.

Untergau Eilenburg

Untergau Eilenburg. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, „Stadthalle" öffentliche Versammlung. Alle Sympathisierenden sind eingeladen. Referent Kameraden Eddi Kühl, Mosbau.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Untergau-Konferenz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, in Falkenberg, „Gesellschaftshaus". Es haben die Ortsgruppen Annaburg, Belgern, Grünewalde, Mühlberg, Mühlberg, Rauenhof, Richtenberg, Torgau, Weidenhain, Zeckrig, Falkenberg einen Delegierten zu entsenden.
Arbeitsgebiet Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nachm. 2 Uhr, Pflichtversammlung des gesamten Arbeitsgebietes im Gasthof zu Lebdorf. Die Ortsgruppen Mühlberg und Kosdorf haben zu erscheinen. Kosdorf sämtliches Material mitbringen.
Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nimmt die gesamte Ortsgruppe an der Versammlung in Lebdorf teil. Abmarsch ½1 Uhr. Alles erscheinen.
Arbeitsgebiet Elsterwerda. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Gasthof „Quelle" für den Elsterwerder Arbeitsgebiet Pflichtversammlung. Es müssen erscheinen Elsterwerda, Biehlau, Prösen, Grauschütz, Merzdorf, Grödig, Frauenhain, Steinbach, Reichenhain und Steinbeihain werden an ihre Pflichten erinnert.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, 10. Januar, vormittags 8 Uhr, Abmarsch vom „Grünen Baum" nach Zeitz zur Demonstration. Gruppenführer verantwortlich für Erscheinen.

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppen des Untergaues haben sich an der am Sonntag, dem 10. Januar, stattfindenden Demonstration geschlossen zu beteiligen. Marschangabe. Treffpunkt sonntags 10 Uhr vormittags.
Zeitz. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Funktionär- und Vorstandssitzung.
Zeitz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10½ Uhr, Antreten zur Demonstration an Oettlers Brauerei. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.
Naundorf. Sonntag, 10. Januar, vormittags ½9 Uhr, tritt die gesamte Ortsgruppe an zur Teilnahme an der Zeitzer Demonstration.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

---

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Wo finden Sie bei bequemer Zahlungserleichterung

WÄSCHE

aller Art für Herren-, Damen-, Bett-, Leib- und Tischwäsche in 1a Qual. u. Verarbeitung in allen Weiten **Trikotagen** in verschiedenen Qualitäten :: erstklassige, beste Verarbeitung in Herr.- u. Damen- **Konfektion**

bei der **GeBeWa** Gemeinnützige Beamten-Waren-Vertriebs Ges. mbH.

Gr. Ulrichstraße 121 **Halle a. d. S.** Gr. Ulrichstraße 121

Ausweis erforderlich

101

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 47 721 bis 49 594 (Monat November 1924, Pfandscheine in gelbem Druck) und von 1 bis 2785 (Monat April 1925, Pfandscheine in schwarzem Druck) wird vom **12. Januar 1926** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, Brillantsachen, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 21. Dezember 1925 — 383

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

EMPFEHLENSWERTE FIRMEN

Spezialhaus für Kakao, Schokolade Pralinen
Heinrich Schneider
Ammendorf
Regensburger Straße 4
Fernruf 220

Raucher von Ammendorf u. Umgebung
kaufen erstklassige Fabrikate in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken im
Zigarrenhaus Otto Keck
Tel. 68 Regensburger Str. 23 Tel. 68

Lipffert-Zigarren
sind die billigsten und besten
ebenso die
Konfitüren-Abteilung
(Süße Schokolitrebe) ist sehr leistungsfähig
4 Verkaufsstellen in Ammendorf

Neu eröffnet!
Pelze-Bräuer
Ludwig-Wucherer-Straße 28
Sealmäntel, Pelzmäntel 125
Herrenpelze 200, Kollers 25
Große Auswahl, Besatz, Felle
Umarbeitungen, Reparaturen

Lederwaren
sind immer
die besten Geschenkartikel
dieselben kaufen Sie am besten beim Fachmann
Max Fischer, Sattlermeister
Halle a. d. S., Mittelstraße 2
Rathausstraße 15 (im Jena-Stift)

Lichtspiele Ammendorf
Inhaber: Rudolf Lange
Spieltage:
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Zur Vorführung gelangen nur erstklassige Filme
Sonnabend u. Sonntag neues Programm

Holzpantoffeln
in 1a Qualität und bestbester Ausführung. — Ferner:
Holzschuhe und Filzschuhwaren
anerkannt beste Fabrikate
Reiche Auswahl, äußerste Preise
Otto Ladede, Halle a. d. S.
Pantoffelfabrik
Mansfelder Straße 47
en gros Tel. 5874 en detail

Zigarren
aus eigener Fabrikation, preiswert und gut
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Außerdem empfehle ich noch meine reichhaltige Auswahl in
Zigaretten und Tabaken
Hermann Ziegra, Ammendorf
Zigarrenfabrik
Fernruf 10 Hallische Straße 15 Fernruf 10

Gasthof zum Elstertal
Ammendorf
Inhaber Fritz Reitzner
hält sich der werten Einwohnerschaft bestens empfohlen.
Täglich erstklassige **Künstlerkonzerte**

Drogerie Meyer
Radewell
liefert billigst die besten
Schnäpse aller Art
Größtes Lager in
Christbaumschmuck
am Platze

Kaufhaus
Kurt Binnewies
Ammendorf
Arbeitsbekleidung
Damen- u. Kinder-Konfektion
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Zigarren, Zigaretten und Tabake
kaufen Sie billigst bei
Albert Rothe
Ammendorf
Regensburger Str. 32

Werbedrucke
Zeitschriften
Plakate / Karten
Rotationsdruck
Werke / liefert
Produktiv-Genossenschaft
I. d. Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 104[illegible]

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Halle a. d. S.
Drehpunktstr. 2 Fernspr. 4126
Drogen, Farben, Chemikalien, Parfümerien, sämtliche Artikel zur Krankenpflege, Kindernährmittel Tee, Kakaos, Toilettenartikel Seifen und Schwämme
Spezialität:
Streichfert. Oel- u. Lackfarben

G. Godehardt
Ammendorf
Spezial-Geschäft
für
Hüte u. Mützen
sowie sämtliche
Herren-Artikel

Lindners Gasthaus
Radewell
Inhaber: Ernst Lindner
Anerkannt
gutgepflegte Biere
Reiche Auswahl in
Weinen u. Likören
Beste Asphalt-Kegelbahn am Platze

Nottrotts Restaurant
Triftstraße 23
Empfehle der Arbeiterschaft meine Lokalitäten.
Für gutgepflegte Biere u. musikal. Unterhaltung wird bestens Sorge getragen
Jeden Sonntag:
Großes Preisskatan

Solide
Schuhwaren
kaufen Sie bei
August Pirl
Geiststraße 10

Euch alle
rasiert u. frisiert
Rich. Kutzschbauch
Gr. Klausstr. 7
Damen- u. Herrensalon

Waschgefäße
sowie
Reparaturen
sachgemäß und billigst
Böttcherei
H. Seifert
Burgstr. 8

Holz- und Metall-Bettstellen
Auflege-Matratzen
in jed. gewünscht. Ausführung
Stahldraht-Matratzen
jedes gewünschte Bettmaß innerhalb 3 Stunden lieferbar
Chaiselongues
Klubsessel
in verschied. Ausführungen und Preislagen
Puppenwagen zu billigen Preisen
Matratzen-Fabrik
O. Kaseler
jetzt Steinweg 27
(Ecke Jakobstr.)

Achtung!
Einen guten Kaffee
erhalten Sie bei
Hugo Schröter
Hirtenstraße, Ecke Lerchenfeldstr.
Eigene Kaffeerösterei

Seifen
aller Art in Riesenauswahl
Billigste Bezugsquelle
Paul H. Schulz
Großhandlung
Halle a. S., Hackenhorstsr. 2

M. Gottheil
Halle a. S., Gr. Klausstr.
empfiehlt
beste Qualitäten
Normalhemden
Barchenthemden
Strickjacken
Bettwäsche
Inlette
Schlafdecken
usw. usw.
zu allerbilligsten Preisen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0008

Nr. 7 — 6. Jahrg. 2. Beilage

Halle, 9. Januar 1921

Leben · Wissen · Kunst

Nur Du, Proletarier!

Von Rudolf Leonhard

Spartakus! Und auch Ihr, Spartakussöhne!
Ihr Proletarier aus den Fabriken
Und Höfen, Ihr mit Haß und Hoffnungsblicken,
Seht nicht aufs Seiende und seine Schöne,

Glaubt Eurer Kraft, hört Euer Notgestöhne,
Die können nur die Tränenwelt beschicken.
Was steht, ist faul. Die Freiheit jacht. Den dicken
Kapitalisten schreit „Lohn" zu, nich: „Löhne"!

Bewundert nichts, was schon die andern haben,
Erdaut die neue Welt mit Euern Gaben,
Erreicht das neue Reich auf neuen Wegen.

Spartakussöhne! Euerm Reich entgegen!
Noch seid Ihr viel zu ähnlich Euern Würgern;
Und hütet Euch, zu stehn und zu verbürgern!

(Aus „Spartakus-Sonette")

Januartage in Berlin 1919

Von einem Mitkämpfer

5. Januar. Sonntag ist es. Die Berliner Jugend hat vormittags ihre Generalversammlung. Hei, wurde da heiß gestritten, in allen waren die Siegesaussichten wach, stand doch der Kampf unmittelbar bevor.

Die Zeitung der Spartakisten, die von Liebknecht und Luxemburg begründete „Rote Fahne", hat für Nachmittag zur Demonstration aufgerufen. Ebert, Scheidemann und Noske wollen zu ihrem schon begangenen Verrat neuen Verrat hinzufügen. Das Berliner Polizeipräsidium mit seinem revolutionären Polizeipräsidenten Eichhorn, die letzte bewaffnete Stütze des Proletariats, war ihnen ein Dorn im Auge, es mußte beseitigt werden. Die Rechtsjahrgänge von 1896—1899 waren noch nicht demobilisiert, auch diese waren unzufrieden.

Die Generalversammlung der Jugend beschließt, geschlossen an der Demonstration teilzunehmen. Bald steht man dann in den Straßen von Berlin die Jugend mit ihrem Banner „Wir sind die Junge Garde des Proletariats" an der Spitze von Demonstranten.

Nicht alle sind gleich zur Demonstration gegangen; denn heute stand die Sache äußerst ernst und man mußte für alle Fälle gerüstet sein. Doch bald waren auch diese wohlverändert, in der Kleidung, unter den Demonstranten.

Arbeiter- und Arbeitermassen rücken um die festgesetzte Zeit heran, bald sind alle Haupt- und Seitenstraßen, die zur Siegessäule führen, mit einer unübersehbaren Menschenmenge angefüllt. Ueberall wird zu den Arbeitermassen gesprochen, werden Hochrufe und Treuegelöbnisse zur proletarischen Revolution mit großer Begeisterung laut.

Liebknecht spricht bei den jungen Jahrgängen, bald hier, bald dort spricht er, überall aufmunternd und mitreißend.

Der Zug setzt sich in Bewegung. Revolutionäre Lieder und Rufe zeugen davon, daß Leben und Leidenschaft in den Demonstranten ist.

Am Marstall, wo die Matrosendivision liegt, geht es vorüber zum Polizeipräsidium — Bewaffnete nach vorn!

Einer nach dem anderen löst sich aus dem Zuge los und eilt nach vorn, die Frauen gehen nach hinten; den Sturmtrupp bildet die Jugend. Gleich einem Lavastrom schiebt sich die Masse weiter, schon ist das Rathaus erreicht, nur noch ein paar Minuten, und das Polizeipräsidium ist erreicht. Alles ist gespannt, denn jeder erwartet etwas — nichts rührt sich. Das Polizeipräsidium ist erreicht.

Schnell füllt sich der Alexanderplatz, immer mehr kommen; von den Balkonen sprechen Liebknecht, mit brausendem Jubel empfangen, dann Ledebour, Däumig, Eichhorn und andere.

Der Abend bricht heran, immer stürmischer wird die Begeisterung der Massen, immer mehr hört man den Ruf: Gebt uns Waffen!

Da und dort hört man schon Rufe: Auf zu den Zeitungsgebäuden, denn die bürgerliche Presse, einschließlich des sozialdemokratischen „Vorwärts", hatte die Zeit vorher eine maßlose Hetze und Verleumdung gegen die Arbeiter entfaltet.

An den Toren des Präsidiums staut sich die Masse, nach Waffen verlangend. Andere Demonstranten ziehen weiter in die Stadt. Abend ist es; in der Lindenstraße, wo das Gebäude des „Vorwärts" ist, steht man helllrot die Flammen emporzüngeln, sozialdemokratische Flugblätter sind es, die hier ihr Ende finden. Die in der Nähe vorhandenen Scheiben sind von der Hitze geplatzt.

Immer neue Flugblätter, Flugblätter, die gegen die Arbeiter gerichtet waren, sind die Nahrung der Flammen.

Wenige nur sind es, die Beute vom Hause genommen haben. Vielleicht nur 40 Mann. Schnell werden die Tore gesichert, die im „Vorwärts"-Hause vorhandenen Waffen verteilt, zwei Maschinengewehre in Stellung gebracht. Zur Deckung dienen Mülltonnen und die Schlacke aus den Kesselheizungen. Jeder ist entschlossen, wenn es sein muß, hier kämpfend zu sterben. Mehrere Male ist Alarm, Regierungstruppen seien im Anmarsch. Die Hand am gespannten Nahm, so liegen sie hinter den primitiven Deckungen.

Es ist schon Nacht geworden. Der Himmel klar und mit Sternen besät, die Temperatur ist trotz des Januar milde. Nichts rührt sich, nur ganz vereinzelt hört man Schüsse, Schreckschüsse der die Straßen abpatrouillierenden Arbeiter.

Montag morgen; auf dem Hof des „Vorwärts"-Gebäudes wird geschossen, die Arbeiter der Druckerei wollen ihrer Beschäftigung nachgehen, doch niemand wird hereingelassen. Es sind alles Sozialdemokraten, nur einer ist unter ihnen, den man sonst unterdrückt und terrorisiert hat, weil er mit den Spartakisten sympathisierte. Er freut sich und bleibt bei uns; eins, zwei, drei hat er ein großes Plakat gemalt, worauf in dicken Lettern steht: Generalstreik. Dieses wird anstatt des biederen „Vorwärts" in das Fenster gehängt. Murrend verlassen die Sozialdemokraten den Hof.

Generalstreik war erklärt. Alle Fabriken standen still.

Es sollte Ablösung kommen. Die revolutionären Arbeiterbataillone der Großbetriebe waren bewaffnet worden und rückten geschlossen von ihren Fabriken aus an.

Alle Zeitungsgebäude waren besetzt, das Machtinstrument der herrschenden Klasse, die Presse, zum Schweigen gebracht.

Die Regierung war ratlos, noch fand sie keinen Weg zur Gegenaktion. Doch das Proletariat war human.

Im Mosse-Haus, wo das „Berliner Tageblatt" gedruckt wird, hatte sich die Berliner Jugend eingebaut. Auf die Straßen wurden die großen Rotationspapierrollen gewälzt, die Fenster mit den Geschäftsbüchern der Firma verschanzt, Rote-Kreuz-Station eingerichtet, Munition und Waffen hereingeschafft. Jeder hatte seinen Posten, der Kampf konnte beginnen.

Auf den Kirchen waren Maschinengewehre eingebaut, welche die Straßenzüge beherrschten.

Wieder wurde es Abend. Heute waren es nicht mehr vereinzelte Schüsse, die man hörte, heute tobte schon überall hartnäckiger Kampf.

Dienstag wieder große Demonstration; es ist nicht nur das revolutionäre Proletariat auf den Beinen, auch die Sozialdemokraten sind unterwegs. Sie protestieren, stellen sich an die Seite der Scheidemann-Noske. Sie kommen die Lindenstraße entlang zum „Vorwärts". Ihre Erbitterung ist grenzenlos. Sie rütteln an den Toren. Nur angesichts der auf die Toreingänge gerichteten Maschinengewehre und der dahinterliegenden Schützen unterlassen sie es, zu stürmen.

Arbeiter gegen Arbeiter.

Die Regierung sammelt ihre Truppen, bewaffnet sozialdemokratische Arbeiter.

Die Brauerei Bötzow ist ebenfalls im Besitz der Arbeiter. Liebknecht hält sich dort des öfteren auf. Nachts schläft er auf dem Billard inmitten der Arbeiter.

Im Mosse-Haus haben schon starke Kämpfe stattgefunden. Zwei Jugendgenossen haben hier in heldenmütiger Gegenwehr ihr Leben gelassen. Doch die Versuche der Regierungstruppen sind gescheitert. Die Munition ist knapp geworden. Es verbreitet sich die Nachricht, daß ein Gasangriff beabsichtigt ist. Alle Sicherungsmaßnahmen werden getroffen. Doch jeder einzelne von den Jugendlichen und Arbeitern bereitet sich vor, daß es der letzte Tag seines Lebens sein wird. Alle sind bereit, kämpfend unterzugehen. Der Mangel an Munition wird fühlbar. An die Wasserhydranten die Feuerschläuche angeschlossen und Wasser für alle Fälle als letztes Verteidigungsinstrument in Bereitschaft gestellt. Die Absperrungsmaßnahmen auf den Straßen werden verschärft, kein Mensch darf mehr passieren. Im Hause liegt jeder an seinem Posten und wartet der Dinge. Alarm — ein Panzerauto, Schüsse, Handgranaten. Das Panzerauto ist verschwunden, alles atmet auf.

Die Arbeiter bleiben in der Defensive, beschränken sich in ihrem Kampf auf die besetzten Gebäude. Die Regierung trifft mehr und mehr ihre Vorbereitungen zum Gegenangriff. Von überall hat sie Truppen zusammengezogen.

Donnerstag abends ist der Kampf am Anhalter Bahnhof und überall in der Stadt entbrannt. Freitag kommen schon von auswärts Truppen.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend beginnt der Entscheidungskampf. Mit allen brutalen Gewaltmitteln geht die Regierung vor. In den Straßen Berlins werden Minenwerfer und Geschütze in Tätigkeit gesetzt. Der „Vorwärts", die Hochburg der revolutionären Arbeiter, ist das erste Kampfobjekt. Schuß auf Schuß — im Mosse-Haus hört man davon nichts. Krachend stürzen die Erker des Hauses zusammen unter dem Schutt die Maschinengewehrschützen begraben. Von allen Seiten hat die Beschießung eingesetzt.

Die Position ist nicht mehr zu halten. Von außen keine Hilfe. Die Besatzung hißt die weiße Flagge und entsendet Parlamentäre. Doch auf das Friedensangebot antworten die sozialdemokratischen Truppen, indem sie ohne Verhandlung den sieben Parlamentären den Schädel einschlagen, sie erschießen, alle sieben wie wilde Tiere niederschlagen. Es gab keinen Pardon. Das bange Warten der „Vorwärts"-Besatzung wurde bald mit einem Hagel von Stahl und Blei beantwortet. Es gab schon viele Verwundete und Tote. Die Munition ging zu Ende, die Sicherungen waren zusammengeschossen. Sturmtrupps der Soldateska stießen hervor. Der „Vorwärts" wurde in den frühen Morgenstunden des Sonnabends eingenommen. Wer noch mit einer Waffe angetroffen wurde, ist sofort erschossen worden. Die Hände hoch erhoben, mußten die Revolutionäre, angespieen, geschlagen und gestoßen von der Soldateska, in die Kaserne marschieren. Hier an die Mauer gestellt, wurden sie stundenlang mit Erschießen bedroht und gemartert. Ein sechzehnjähriger Jugendgenosse, der „Hoch die Republik" rufen sollte, dafür aber „Hoch Liebknecht" rief, bekam mit dem Gewehrkolben eins auf den Kopf, daß er tot zu Boden fiel.

Bei Mosse erfuhren die Arbeiter erst am Sonnabendfrüh, daß der „Vorwärts" nicht mehr ihnen gehört. Sofort Versammlung, Aufrüstung eines Stoßtrupps, der zu Hilfe eilen sollte. Doch es war schon zu spät. An wen ist jetzt die Reihe? dachte wohl jeder.

Die Verbindung mit den anderen besetzten Gebäuden war abgerissen. Das Polizeipräsidium eine der stärksten Positionen war ebenfalls zusammengeschossen.

Der Kampf wurde selbständig weitergeführt. Die Verteidigungsstellen nochmals ausgebaut. Das Haus sollte unterminiert werden. Ansprache an die Bevölkerung daß die Besatzung entschlossen ist, mit samt dem Hause zugrunde zu gehen. Große Begeisterung.

Jeder fühlt, daß es nutzlos ist. Ueberall waren die Revolutionäre geschlagen, und am Abend ist dann das Gebäude kampflos verlassen worden.

Ueberall Verrat und Spitzeltum.

Großer Jubel des Bürgertums: Spartakus ist tot, geschlagen, wird nie wiederauferstehen. Haussuchung, Verfolgung, Denunziation ist an der Tagesordnung.

Doch das Blut der niedergeschlagenen Arbeiter befriedigte die entmenschte Soldateska und das Bürgertum nicht. Noch lebten Liebknecht und Luxemburg. Wir müssen sie haben, war ihre Parole. Am 15. Januar lähmendes Entsetzen aller Arbeiter. Liebknecht und Luxemburg waren erschlagen worden.

So endeten die Januartage. Heldentum und Aufopferung, Verrat und Lüge.

Niederschlagung des revolutionären Proletariats, Aufstieg und Festigung der Bourgeoisie, das war die Saat der Sozialdemokratie. Sie ist herrlich aufgegangen.

Doch Spartakus lebt.

Die „Retter"

Lange Zeit hindurch hatten wir den Sitz unserer gemeinsamen Tätigkeit nicht verlassen können, heute waren wir der Versuchung unterlegen und hatten zu später Abendstunde der Bitte eines Freundes Folge geleistet. Er hatte uns mürbe gemacht mit der Mitteilung, daß er unsere Frauen benachrichtigen und ebenfalls zu sich bitten wollte. —

Mit aller Vorsicht waren wir aus dem Hause geschlichen, einer hinter dem anderen her, mit dreihundert Schritten Abstand. In das Haus unseres Freundes waren wir unbehelligt gekommen. Als wir es verlassen wollten, war der Ausgang mit einem halben Dutzend schwer bewaffneter sogenannter Spartakisten besetzt, die uns aufgepaßt hatten. Es gelang uns schließlich, nachdem wir über mehrere Höfe hinweggeklettert waren, einige Häuser zwischen uns und die Verfolger zu bringen. Mit unendlicher Mühe gelangten wir, nachdem wir wildtobende Menschen geweckt und um Einlaß gebeten hatten, vorsichtig auf die Straße — wieder einer nach dem anderen, in weitem Abstand —

Man mußte mich wohl am Gange erkannt haben, denn es erhob sich plötzlich ein wüstes Geschrei. Kein Zweifel, die Verfolger waren uns auf den Fersen. Wir — ich habe bisher vergessen, zu sagen, wer „wir" waren: „wir" waren die „Reichsregierung Ebert und Scheidemann"!

Wir rannten Ecke um Ecke — schließlich brach Ebert, der unerträgliches Herzklopfen bekommen hatte, auf einem kleinen Stein am Eingang eines Vorgartens zusammen, ich konnte mich ebenfalls kaum noch auf den Beinen halten — — Wir verhielten uns totenstill. Als nach etwa einer halben Stunde nichts zu sehen und zu hören war, wagte ich mich an die Straßenecke vor, um zu sehen, wo wir überhaupt waren. Ulmenstraße! Irre ich nicht, so waren wir in eine private Sackgasse gelaufen. Vorsichtig tasteten wir uns weiter. In den Nähe des Zoo gewahrten wir, allerdings in weiter Ferne, die Verfolger wieder. Hinter Bäumen verbargen wir uns — Schließlich waren wir an eine Ecke der Kurfürstenstraße gelangt. Wir setzten uns auf die Stufen einer Ladentür und unterhielten uns — wir, die Regierung Ebert-Scheidemann.

„Ich mag das Hundeleben nicht mehr weiter leben."

„Ich auch nicht, aber was tun?"

Pause, in der jeder seinen eigenen Gedanken nachgeht.

„Wenn wir am 9. November nicht zugepackt hätten, wäre das Reich auseinandergefallen ... Wir hätten die Anarchie im Lande gehabt, Raub und Plünderung, Mord und Totschlag."

„Können wir uns überhaupt weiter halten?"

„Das wissen die Götter, aber wir müssen es versuchen, bis zum letzten Atemzuge."

„Landsberg wird uns Vorwürfe machen, wenn er erfährt, daß wir das Haus verlassen haben!"

„Ich liebe den Landsberg, das ist ein Prachtkerl."

Lange Pause.

„Wenn wir den Bettel heute hinwerfen, haben wir morgen den Bolschewismus mit einem verrückten Spartakisten oder irgendeinem Rufen an der Spitze — — —"

(Philipp Scheidemann, „Als wir die Macht hatten" im „8-Uhr-Abendblatt" Nr. 51.)

Russisches Allerlei

Von Dr. h. c. Freiherr von Schoenaich

Nachfolgende Zitate stammen aus dem im Verlag von H. Meyers Buchdruckerei, Halberstadt, herausgegebenen Büchlein, in dem Dr. h. c. Freiherr von Schoenaich seine Eindrücke aus Rußland schildert. Schoenaich hält heute abend in Halle einen Vortrag.

Eine Erwartung, die ich an die Reise geknüpft hatte, ist bisher nicht eingetroffen: „Kreuzzeitung", „Hamburger Nachrichten" und meine anderen intimen Feinde haben mich noch nicht als „begeisterten Bolschewisten" oder als „im Solde Moskaus stehend" bezeichnet, sondern mich bisher totgeschwiegen. Für den Fall, daß sich das ändern sollte, gebe ich die Antwort im voraus.

In Kasan, Kornouchowo und Jsmeriij waren wir Gäste der Internationalen Arbeiterhilfe, in der Ukraine zwei Tage lang Gäste der russischen Verwandten des Herrn Adamczyk, meines Reisebegleiters. Im übrigen habe ich die Reisekosten aus meinen eigenen Mitteln und nicht aus Moskauer Fonds bestritten. Wir haben dabei sehr sorgfältig gerechnet, aber nicht gedarbt. Die durchschnittlichen Tageskosten fur uns beide betrugen 90 Mark.

Begeisterter Bolschewist bin ich noch nicht, vielleicht aber werde ich es werden, wenn die großkapitalistische Wirtschaft nicht bald zu der Erkenntnis kommt, daß in ihr System sich ein Fehler eingeschlichen hat. Ich glaube, daß auch die Zukunftswirtschaft den privaten Unternehmungsgeist nicht wird entbehren können und daß dazu auch ein gewisser Unternehmerprofit gehört, dessen Höhe sich nach der für die Allgemeinheit fühlbaren Tüchtigkeit des betreffenden Unternehmers richten muß.

Der Fehler des heutigen Wirtschaftssystems wird nach meiner Ansicht dadurch am offenkundigsten dargelegt, daß es dem Großkapital bisher, sieben Jahre nach Beendigung des Krieges, noch nicht gelungen ist, die Weltwirtschaft wieder auf Hochbetrieb zu stellen.

Ich halte es für einen für die Masse der Verbraucher unerträglichen Zustand, daß einige große Wirtschaftsfürsten souverän über gewisse notwendige Lebensbedürfnisse verfügen können. Wenn der Großkapitalismus nicht von sich aus so verständig ist, diesen Zustand abzuändern, dann werden die Massen versuchen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Die große Frage ist die, ob das mit oder ohne Gewalt möglich sein wird.

Meine persönliche Ansicht über den Grundsatz Gewalt oder Gewaltlosigkeit ist folgende: Die Gewaltlosigkeit steht sittlich entschieden höher. Ich gehe aber nicht so weit wie manche Tolstoianer oder Gandhisten, daß ich sie unter allen Umständen ablehne. **Wenn mich ein Räuber im Walde anfällt, wehre ich mich.**

*

In Rußland kostet Betrunkenheit in der Oeffentlichkeit in den Städten 5 und in den Dörfern 3 Rubel Strafe. Als ich einmal im Walde drei schwer betrunkene Bauern traf, sagte mein Begleiter, außerhalb der Ortschaften nähme man es nicht so genau. Im ganzen kann ich mich nur besinnen, etwa ein Dutzend Betrunkener gesehen zu haben.

*

Die prunkvolle Villa des früheren Petersburger Juweliers Fabergé, mitten im Walde etwa 30 Kilometer von Leningrad, ist jetzt ein Erholungsheim für Artisten, in dem sie einen Monat lang für täglich 0,25 Rubel = 0,50 Mark frei leben können.

Das einzige vollkommen zerstörte Gebäude, das ich in Leningrad gesehen habe, war das Gerichtsgebäude, in dem die Verschickung der politischen Verbrecher nach Sibirien ausgesprochen wurde.

*

Kein Mitglied der Kommunistischen Partei darf, in welcher Stelle er sich auch befinde, mehr als monatlich 190 Rubel Gehalt annehmen. Dienstliche Ausgaben werden in bar ersetzt. Nichtkommunisten werden vertraglich nach ihren Leistungen bezahlt. Das höchste Gehalt, von dem ich glaubwürdig erfahren habe, betrügt 1000 Rubel monatlich (Generaldirektor eines großen Industrieunternehmens). Aber auch diese Leute bekommen bei Dienstreisen außerdem recht hohe Diäten.

*

In einem harten Abteil der Eisenbahn Charkow-Poltawa hatte sich wieder einmal eine größere Gruppe von Neugierigen um uns gebildet. Darunter befand sich ein junger, sehr intelligenter Militärarzt, der durch vier Rechtecke am Kragen als höherer Führer gekennzeichnet war. Er sagte, daß er während der deutschen Besetzung Dolmetscher deutscher Behörden gewesen sei. Von den selbsterlebten Geschichten aus dem Revolutionskriege, die er erzählte, wäre eine, falls sie wahr ist, was ich nicht nachprüfen kann, so bezeichnend für das sittliche Gefühl der alten russischen Oberschicht, daß ich sie hier wiedergeben möchte. Bei der Verfolgung der geschlagenen Wrangel-Truppen nahm die rote Armee in der Krim auf einem Schloß des Grafen Woronzow-Daschkow, des früheren Generalgouverneurs, 150 Adelige gefangen, die sich unter Mitnahme ihrer Kostbarkeiten dorthin geflüchtet hatten. Der Graf selbst war verschwunden. Bei der Vernehmung durch die Roten sagten sie übereinstimmend aus, der Graf hätte sie zunächst sehr freundlich aufgenommen und gemeinsame Verteidigung bis zum äußersten mit ihnen verabredet. Dann hätte er am Abend ein großes Gelage veranstaltet und ihnen in der Weinlaune ihre Juwelen zur sicheren Aufbewahrung abgeschwatzt. In der Nacht sei er dann mit einem Motorschiff unter Mitnahme aller Juwelen verschwunden. Er soll heute als einer der Führer der Monarchisten in Paris leben. Von den 150 Adeligen hätten die Roten diejenigen, die sich aktiv an der Gegenrevolution beteiligt hätten, erschossen, die anderen hätten sie laufen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0009

Ein bürgerlicher Wissenschaftler über die Sowjetunion

Dr. Alexander Hirsch: USSR., Kulturelle Kräfte und wirtschaftliche Gestaltung im neuen Rußland

(Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H. — S. Hirzel — Berlin 1925)

Ein bürgerlicher Wissenschaftler, Theoretiker und Praktiker der Technik, vielseitig wirtschaftlich gebildet und mit eigener Anschauung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der größten Weltreiche bewaffnet, sieht — zum erstenmal nach dem Kriege und nach der Revolution — das Weltreich: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Seine Eindrücke legte er in diesem Buche nieder. Was die Beschreibung ja wertvoll macht, ist einmal die leichtverständliche Darstellung des russischen Aufbaus. Darüber hinaus aber ist zu betonen, daß hier ein Bürgerlicher mit nicht ganz unbekanntem Namen eine Propagandaschrift für das durch die proletarische Revolution geschaffene System der USSR. herausgibt, wie sie (bei aller Kürze) umfassender und eindringlicher nicht gedacht werden kann. Welche Fragen man auch zu stellen hat: hier werden sie beantwortet. Der Skeptiker soll dies Buch ebenso zur Hand nehmen wie der Sympathisierende.

Es ist tatsächlich so: Man würde gut tun, statt einer Buchbesprechung einfach den Abdruck aller Kapitel vorzunehmen. Da das leider nicht möglich ist, wollen wir uns im wesentlichen auf zitierende Inhaltsangabe der wichtigsten Schilderungen beschränken.

Jede Beschreibung der USSR. muß sich eingangs mit der territorialen Begrenzung befassen. In diesem Zusammenhange sagt Hirsch: „. . . sind uns aber bisher kaum darüber klar geworden, welche Großmacht das Hauptinteresse an der Aufrechterhaltung dieser Balkanverhältnisse an der Ostsee hat. — Ostsee und Schwarzes Meer waren die einzigen europäischen Gewässer, in denen England vor dem Kriege einflußlos geblieben war. Die Internationalisierung des Nord-Ostsee-Kanals . . . reichen auch heute noch nicht aus, um England zum Herrscher der Ostsee zu machen . . . Die Randstaaten sind als Glacis gegen Rußland ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, als Persien und Afghanistan, wo der englische Einfluß vom russischen immer mehr verdrängt wird." Weiter berichtet der Schreiber über die Ausnutzung der englischen Glaubigerstellung gegenüber den Randstaaten zur Sperrung der Ostsee. Diese Einleitung steht in engster Verbindung mit der Schlußbetrachtung, auf die wir später eingehen werden.

Die Grenze wird überschritten. „Die Paß- und Zollformalitäten werden in liebenswürdigster Weise erledigt." Der Führer des Rollkommandos spricht fließend Deutsch. Ueberhaupt: „Die polizeiliche Ueberwachung ist zweifellos nicht mehr so stark wie in gewissen Zeiten der zaristischen Schrana. Gegenüber politischen Gefrachen besteht Duldsamkeit. Russen und Ausländer konnten ungestraft schimpfen, soviel sie wollen, wenn sie nicht schimpfen, als kapitulieren." Die Märchen von der Tscheka sind also in die trübste Zeit der Bürgerkriege zurückzuverweisen. Auch Gewissenszwang und Redeverbot bestehen längst nicht mehr.

Die Verwaltungen sind bald nach der Festigung der proletarischen Macht dazu übergegangen, nichtkommunistische Fachleute zur Mitarbeit in großem Ausmaße heranzuziehen. Da die KPR. im Vergleich zur Volksganzen nur einen beschränkten Teil des Verwaltungskörpers ausfüllen kann, war dies besonders notwendig. Das Verantwortungsgefühl der Nichtkommunisten gegen ihre vorgesetzten Stellen ist außerordentlich stark. Man weiß, daß mit der Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei nicht etwa besondere Vorteile anderer Art verbunden sind, die die geringe geldliche Entlohnung zu einer leeren Form machen würden. Denn die öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen . . . kommen jedem . . . zugute." „In Rußland bedeutet daher, Kommunist zu sein, Ehrendienst zu leisten am Vaterland und an der Sache der arbeitenden Klasse."

„Das alte Rußland der Bestechungen ist gestorben . . . ein russischer Funktionär, auf so hohem oder so niedrigem Posten er auch stehen mage, kann auch im Auslande keine Schmiergelder annehmen, wenn er Wert darauf legt, jemals nach Rußland zurückzukehren. Die Strafen, die dort seiner harren, sind drakonisch . . . Rußland ist anständig geworden; daß es anständig geworden ist, ist ein Verdienst des neuen Regimes." Noch jetzt umlaufende Gerüchte über Bestechungsmöglichkeiten hammer, wie Hirsch richtig erkennt, aus sowjetfeindlichen Quellen in Deutschland und anderen Ländern.

In glänzender Weise zeigt der Verfasser den Aufbau der staatlichen Industrietrusts und ihre Gliederung. Da wir hier schon mehrfach diese Frage behandelt haben, müssen wir nicht noch einmal ausführlich darauf eingehen. Der vorurteilslos untersuchende Fachmann, dessen Forschungen überall freudig unterstützt wurden, erkennt die Richtigkeit und die ungeheuren volkswirtschaftlichen Vorteile der Planwirtschaft an. Er zeigt, daß die Entwicklung der russischen Industrie, auf lange Zeit nur nach oben gehen kann. Auch auf die von bürgerlicher Seite vielfach und gern aufgeworfene Frage der amtlichen Wirtschaftsinitiative geht er ein: „Die Erfahrungen, die wir in privatwirtschaftlich orientierten Ländern mit staatlich betriebenen Wirtschaftsunternehmungen gemacht haben, bestätigen die Annahme, daß in der Staatsunternehmung an die Stelle des wendigen, auf jede Neugruppierung der wirtschaftlichen Voraussetzungen sein reagierenden Unternehmerinstinkts eine die Entwicklung hemmende, mehr und mehr erstarrende bureaukratische Verwaltung tritt, die in den meisten Fällen nicht mehr nach wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsmotiven, sondern nach festen „Vorschriften" handelt . . . Die Folge dieser Bureaukratisierung staatlicher Wirtschaftsbetriebe in privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsgebieten ist eine Unbeweglichkeit der Staatsbetriebe . . ." Aber gerade die Beweglichkeit der Betriebe wird in der Planwirtschaft erst garantiert. Die Verpflanzung ganzer Industrien in andere Gegenden, die Verwendung der freigewordenen Betriebsstätten für andere Zwecke ohne wesentliche Verluste, wird erst im zentralisierten Staatsbetriebe möglich gemacht. Dadurch hat sich die USSR. eine unglaubliche Leichtigkeit in der wirtschaftlichen Anpassung an die Tagesforderung geschaffen. — „Die Tatsache, daß in kapitalistischen Ländern der Angehörige der Privatwirtschaft größere Entwicklungsmöglichkeiten hat, als der Beamte der Staatsunternehmung hält gemeinhin die wirtschaftsfähigen Elemente vom Staatsbetriebe fern. Die in Staatsbetrieben arbeitenden Personen bilden daher von vornherein eine Gemeinschaft, die von sich aus Beamtenqualitäten aufweist und sich in engeren Verantwortlichkeitsgrenzen wohlfühlt. In Rußland besteht nun auch für die wirtschaftsfähigen Elemente keine Möglichkeit zur Auswirkung in Privatunternehmungen. Die Wirtschaftsbegabungen gehen dort notgedrungen in die Staatsbetriebe." Von der berüchtigten beamtenmäßigen Wirtschaftsverwaltung ist also nichts zu spüren.

Instruktionsstunde

Sozi: „Fersen zusammen, Gegler! Die Republik ist in Gefahr!"

Ueber die sozialen Errungenschaften, die uns aus häufigen Mitteilungen bekannt sind, spricht der Verfasser weniger ausführlich. Den konstanten Gerüchten aus Kreisen des ADGB. über die Umgehung des Achtstundentages sei nur ein Satz entgegengesetzt: **„Es ist eine Sage, daß der Achtstundentag in der russischen Industrie nicht eingehalten wird. Soweit ich aus eigener Anschauung feststellen konnte, ist der Achtstundentag allgemein durchgeführt. Ueberschreitungen dieser Arbeitszeit werden nur bei dringender Notwendigkeit vorgenommen und zugelassen."**

Auch noch eine Kleinigkeit zur Lösung der Erwerbslosenfrage, die ja auch für deutsche Verhältnisse nicht ganz uninteressant ist: Neben den staatlichen und genossenschaftlichen Fabriken bestehen als interessantester Typ die „Arbeitslosenfabriken". „Ihr Name weist auf ihre Bestimmung hin. Es sind Fabriken, die die Gewerkschaften . . . betreiben, um Arbeitslosen ihres Gewerbezweiges vorübergehend, d. h. bis sie neue dauernde Erwerbsmöglichkeiten gefunden haben, Arbeit und Verdienst zu gewähren. (Schluß folgt.)

Partei in Not!

Bisher quittiert	4 192,25 Mk.
Halle, Redaktion und Geschäftsführung	**87,00 „**
Ortsgruppe Halle, Produktiv-Zelle, für Marken	**50,00 „**
Ortsgruppe Wiehe für Marken	**1,65 „**
Ortsgruppe Merseburg für Marken	**25,00 „**
Ortsgruppe Bitterfeld für Marken	**50,00 „**
Ortsgruppe Delitzsch für Marken	**32,00 „**
Ortsgruppe Gräfenhainichen für Marken	**25,00 „**
Ortsgruppe Halle, Distrikt 12, für Marken	**13,60 „**
Ortsgruppe Radefeld für Marken	**20,00 „**
Ortsgruppe Halle, Distrikt 3, für Marken	**31,00 „**
Ortsgruppe Halle, Distrikt 1, für Marken	**10,00 „**
Ortsgruppe Halle, Distrikt 7a, für Marken	**30,00 „**
Ortsgruppe Ermlitz für Marken	**6,00 „**
Ortsgruppe Schraplau für Marken	**13,00 „**
Ortsgruppe Piesteritz für Marken	**57,00 „**
Ortsgruppe Halle, Distrikt 16, für Marken	**38,00 „**
Ortsgruppe Oberröblingen am See für Marken	**25,50 „**
Ortsgruppe Diemitz für Marken	**9,50 „**
	4 722,25 Mk.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, für verkaufte Marken Akontozahlungen möglichst jede Woche an den Bezirk zu leisten. Die Einzahlungen haben auf das Postscheckkonto Leipzig Nr. 1070 01 Artur Sämisch, Halle, zu erfolgen. Auf dem Zahlkartenabschnitt ist der Vermerk: „Partei-in-Not-Marken" zu machen.

*

Der Genosse Gerhard Jansen aus Oberröblingen hat bis heute 51 „Partei-in-Not"-Marken vertrieben, und so wesentlich zur Stärkung des Kampffonds der Kommunistischen Partei beigetragen. Diese vorbildliche Parteiarbeit ist nicht nur ein Beweis dafür, daß bei genügender Aktivität jeder Genosse Erfolge erringen kann, sondern vor allen Dingen auch

ein Ansporn für alle noch säumigen Genossen und Genossinnen, unverzüglich die erhöhte Sammeltätigkeit für die Partei aufzunehmen.

Die „Partei-in-Not"-Aktion muß im Monat Januar noch wesentlich gesteigert werden! Erfüllt Eure Parteipflicht! Ihr helft durch die Unterstützung der revolutionären Partei, der KPD., Euch selbst und dem gesamten Proletariat!

Unser Weg zur proletarischen Einheitsfront

Wie wir Arbeiter aus den Betrieben Schönlank sehen

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich bekam neulich von einem Kollegen das „Volksblatt" mit der Ueberschrift: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft". Ich will nun näher auf das Gefasel des „Volksblattes" eingehen, sondern ich Arbeiter will nur einiges zu den Verdrehungen, welche der ehemalige Genosse Schoenlank sich leistet, sagen.

Wir betrauern den Schoenlank nicht. Es ist besser, wenn er den Weg gegangen ist, denn **wer uns revolutionären Arbeitern aus Kommunistischen Partei den Vorwurf macht, wir hätten der Rechten die Wege geebnet, der hat auch nicht im geringsten jemals mit Fühlung gehabt oder unsere Ziele verstanden.** Wir brauchen ja an den Dolchstoßprozeß zu erinnern, um sofort zu wissen, unter **welcher** Beihilfe und unter **welcher** Regierung **Monarchisten unbehindert revolutionäre Führer, wie Liebknecht und Luxemburg, morden konnten.** Jeder weiß also, daß es die Ebert, Scheidemann und Noske und Nachfolger, die rechten Führer der Sozialdemokratie, gewesen sind, die ganz systematisch die bürgerliche Klassenherrschaft wieder ermöglicht haben!

Wenn Schoenlank zum Effibrief behauptet, er sei eine Schande für eine Arbeiterpartei, so müssen wir Arbeiter schon sagen, daß eine genannte Schande nur eitle Gecken, die keine Ahnung von revolutionärer Disziplin haben, empfinden können. Wie sehen im Gegenteil in dem Effibrief nur einen Beweis dafür, daß in unserer Partei eine gesunde Kritik lebt und eine **offene Aussprache unserer eigenen Fehler möglich ist, was in der SPD. lange nicht mehr der Fall ist.** Wenn Schoenlank von einem Moskauer Diktat faselt nach dem Muster aller Antibolschewisten, dann beweist er nur, daß er niemals begriffen hat, obgleich er einmal in der KPD. war, daß es nur **eine einzige nach den Methoden des demokratischen Zentralismus aufgebaute kommunistische Weltpartei** gibt, deren einzelnen Sektionen in den verschiedenen Ländern stolz darauf sind, daß eine wirklich **internationale Disziplin** in dieser kommunistischen Weltpartei herrscht.

Mit dieser verlogenen „Schaffung der Einheitsfront" durch Eintritt in die Partei, in der auch Noske ist, damit soll uns der Schoenlank auch nur vom Leibe bleiben! Wir, die wir tagtäglich mit den Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern diskutieren, wir werden **eine andere Einheitsfront, nämlich die wirklich proletarische Kampiesfront, unter tatkräftiger Hilfe dieser Kollegen, aufbauen.** Es gibt ja doch keinen Arbeiter, der nicht die Einheit der Arbeiterbewegung will. Aber sie darf nur zustande kommen **auf dem Boden des Klassenkampfes und niemals bei der Große Koalition** und ähnliche verräterische Manöver.

Die allergrößte Entstellung erlaubt sich der Renegat Schoenlank bei der Frage der Diskussion auf dem russischen Parteitag. Wenn er glaubt entdeckt zu haben glaubt, daß die 3. Internationale liquidiert werden soll, so können wir nur dazu lachen. Zu keiner Zeit war so notwendig eine Wiedervereinigung der gesamten Arbeiterbewegung **auf den Grundsätzen der 3. Internationale,** d. h. nach den Grundsätzen der unversöhnlichen internationalen Klassenkampfes, wie heute, und deshalb ist heute die **Kommunistische Internationale erst recht die Weltorganisation des revolutionären Weltproletariats.**

Das Lachen Schoenlanks und sämtlicher Feinde der Sowjetunion über die Diskussion auf dem russischen Parteitag wird dieses bolschewistischen schon vergehen! Es geht jetzt in Rußland um den sozialistischen Aufbau, und unsere russischen Brüder werden ihr Werk zu vollbringen, ohne Korallisten.

Wir glauben einem Kollegen Bretag, auch wenn er ein sozialdemokratischer Arbeiter ist, mehr als dem Renegaten Schoenlank, in der Beurteilung Sowjet-Rußlands. Der Kollege Bretag hat es uns geschildert, wie er bis zu seiner Reise Sowjet-Rußland gegenüber kritisch eingestellt war, wie er sich aber dann überzeugen mußte, daß **dort tatsächlich ein sozialistischer Aufbau vonstatten geht.**

Schließlich noch eine Frage: Das „Volksblatt" schreibt, daß andere bekannte Kommunisten", außer Schoenlank und Finkenwirth, in die SPD. eingetreten wären. **Nun, Namen genannt, „Volksblättchen", oder ist das Schwindel?** Am meisten haben wir uns amüsiert darüber, daß in dem „Volksblatt"-Artikel von den „Kampfreden" gesprochen wurde, in die Schoenlank und Finkenwirth eingetreten wären. Damit ist doch nicht etwa die Große Koalition gemeint?

Die sozialdemokratischen Proleten, unsere Klassengenossen, wollen den Kampf, das ist klar. Nur ihre Führer wollen ihn nicht. Deshalb wird den sozialdemokratischen Parteiinstanzen der Eintritt von Renegaten gar nichts nützen, sondern **der Zukunft gehört die proletarische Einheitsfront, die sich aus den Betrieben heraus aus kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern bilden wird!**

Freie Gewerkschaft für Volksentscheid und außerordentlichen Gewerkschaftskongreß

(Eig. Drahtm.) **Solingen,** 8. Januar.

Gestern abend fand im Gewerkschaftshaus die **Generalversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes** statt. Die Zahl der Mitglieder waren zu 70 Prozent erschienen. Nach der Wahl der Gewerkschaftsverwaltung, in die **fast nur oppositionelle Kollegen** einzogen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 7. Januar, im Gewerkschaftshaus Solingen tagende Generalversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Solingen, fordert den ADGB., die SPD. und die KPD. auf, alles daranzusetzen, um den Volksentscheid über die Fürstenabfindung herbeizuführen. Die Versammlung begrüßt die Forderung der RGE.-Arbeiter auf Einberufung eines Gewerkschaftskongresses in Rheinland-Westfalen durch den ADGB. und schließt sich der Forderung voll an. Sie ersucht den ADGB., die Vorarbeiten zu Konferenzen einzuleiten."

Die Kartellversammlung des ADGB., Ortsausschuß **Labiau,** nahm einstimmig eine Entschließung an, die von den ADGB., SPD. und KPD. fordert, mit aller Macht den Fürstenansprüchen entgegenzutreten und sich für entschädigungslose Enteignung durch Volksentscheid einzusetzen.

*

In dem Gemeindeverordnetenkollegium **Lugau** wurde mit den Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten der Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten angenommen. Dasselbe fordert eine vom Stadtverordnetenkollegium **Mittweida** angenommene Entschließung.

Rundfunkprogramm vom 11. bis 17. Januar 1926 (Sendestelle Leipzig, Welle 454)

Montag, den 11. Januar 1925

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Preise und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkkapelle. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Die Studienfahrten des deutschen Volkes." Vortrag (auf Welle 294): „Fahnenflucht." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Neues aus der Naturwissenschaft." Vortrag (auf Welle 294): „Wie hat sich die Landwirtschaft in Zukunft baulich einzurichten." 8.15 Uhr: Von Ihr und Ihm. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 12. Januar 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Preise- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 5.30 bis 6 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30 bis 7 Uhr: Obsternte-Kursus. **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden für beide Wellen.** 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Wie bleibe ich gesund und arbeitsfähig?" 7.30 bis 8 Uhr: „Des Kosmos eherne Gesetze — und wir?" 8.15 Uhr: Militärkonzert. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr: Funktheater von Leipzig aus

Mittwoch, den 13. Januar 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Preise- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Bismarck." 8.15 Uhr: Abenteuer und Erlebnisse. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10 Uhr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Freitag, den 15. Januar 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Preise- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Der Kartoffelstreuer." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Sexuelle Aufklärung und Erziehung." 8.15 Uhr: Bläsermusik. 9.15 bis 11 Uhr: Volkstümliches Konzert. Dazwischen (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 16. Januar 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Preise und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkbestätigung. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Bismarck." 8.15 Uhr: Abenteuer und Erlebnisse. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10 Uhr.

Sonntag, den 17. Januar 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 9 Uhr: Wetterbericht. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: 4. Vortrag über Charaktersteine aller Zeiten. „Rhina." 11.30 bis 12 Uhr: Vortrag: „Kroghen im Tierreich." 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden. Vom Wesen der Kammermusik und ihrer Geschichte. 1 bis 4 Uhr: Aus Richard Wagners Werken. 7 bis 8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7.30 Uhr: Vortrag (von Jena aus): „Von der Hegetrommel bis zur drahtlosen Bildübertragung." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Die Eigenart des modernen Dramas. 1. Teil. 8.15 Uhr: Tuzendat, Prinzessin von China. Anschließend Sportfunkdienst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260109-12/fragment/page=0010